

N i e d e r s c h r i f t

**der 44. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
29.05.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:01 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme von 14:10 Uhr bis 17:25 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	Teilnahme ab 14:09 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:30 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:13 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE	Teilnahme bis 17:35 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme ab 14:20 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:13 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	
Herr René Trömel	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:14 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:05 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	Teilnahme ab 14:17 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme ab 14:07 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Andreas Hajek	parteilos	Teilnahme bis 18:52 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme bis 18:55 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	Teilnahme bis 18:57 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	

Frau Dr. Inés Brock
Herr Christian Feigl
Frau Elisabeth Krausbeck

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Teilnahme von 14:05 Uhr
bis 17:42 Uhr

Herr Christoph Menn
Herr Gerhard Pitsch

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
NPD

Herr Egbert Geier
Herr Tobias Kogge
Herr Wolfram Neumann
Frau Sabine Ernst
Herr Oliver Paulsen
Frau Anja Schneider
Herr Marco Schreyer
Frau Susanne Wildner
Herr Drago Bock

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft
Frau Hanna Haupt
Herr Dietmar Weihrich
Herr Uwe Stäglin

parteilos
SPD
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beigeordneter

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 44. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Horst Mühlbach zur Anlegung eines Rad- und Fußweges

Herr Mühlbach (wohnhaft in Halle) führte aus, dass im Jahr 2003 ein Bebauungsplan Wohnbebauung Frohe Zukunft erstellt wurde. In diesem sei festgelegt worden, einen Rad- und Fußweg vom Wickenweg zu den Posthorn-Teichen zu schaffen. Damals sei er gegen diesen Weg gewesen und auch der Stadtrat habe die Bebauung als Rad- und Fußweg mit Stadtratsbeschluss vom 24.05.2006 abgelehnt.

Herr Mühlbach fragte an, ob dieser Weg nun doch noch gebaut werden könnte. Er selbst würde 5.000 Euro dafür bereitstellen, damit wenigstens ein Trampelpfad geschaffen werde, weil viele Bewohner jetzt den Bau dieses Weges befürworten würden.

Herr Mühlbach verwies in diesem Zusammenhang auch auf die von der Stadtverwaltung veröffentlichten Leitlinien und bezog sich auf den Punkt 4, dass Stadtratsbeschlüsse konsequent umgesetzt und auch überprüft werden.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, bedankte sich für die Anfrage und sicherte eine Vor-Ort-Begehung zu. Innerhalb der nächsten 14 Tage werde Herr Mühlbach eine schriftliche Information dazu erhalten.

Herr Jürgen Seilkopf zur Ausrichtung des Internationalen Hansetages

Herr Seilkopf (wohnhaft in Halle) äußerte sich als Vertreter einer alten Ratsherrenschaft aus der Hansezeit betreffs der Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 und fragte an, ob definitiv geprüft wurde, dass die Stadt Halle (Saale) bis 2019 kein internationales Stadtfest, wie den Internationalen Hansefesttag 2019, mit voraussichtlich einer halben Million Besuchern bezuschussen darf, selbst wenn dessen Wertschöpfung nachweislich bei anderen Hansestädten das zehnfache beträgt.

Zum zweiten fragte er an, ob es richtig und geprüft sei, dass dafür keine Ansparungen der Stadt Halle (Saale) oder städtischer Beteiligungsgesellschaften vorgenommen werden dürfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass die Stadtverwaltung seit Jahren das Hansefest und den Hanseverein unterstütze. Er verweise auch auf die in den letzten Jahren getätigten Zuwendungen der Saalesparkasse.

Die von Herrn Seilkopf angesprochene Veranstaltung sei eine Großveranstaltung, die bei einem Schuldenstand der Stadt von rund 500 Mio. Euro nicht gerechtfertigt sei. Und Ansparungen vorzunehmen von etwas, was man nicht hat, sei nicht zulässig. Dazu träfe auch die Gemeindeordnung klare Aussagen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 44. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 44 Mitglieder des Stadtrates (78,57 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.10 Anpassung der Benutzungssatzung an die Gesetzesänderung KiFöG
Vorlage: V/2013/11693
wurde im Bildungsausschuss vertagt
- 6.14 Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/11687
wurde im Finanzausschuss zurückgestellt
- 7.2 Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: V/2013/11464
wurde im Finanzausschuss zurückgestellt
- 10.1 Anpassung der Finanzierungsrichtlinie an die Gesetzesänderung KiFöG
Vorlage: V/2013/11667
keine Vorlage verteilt

Herr Bartl informierte, dass folgende Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Änderung des Geschäftsjahres des Gesellschaftsvertrages Theater, Oper und Orchester GmbH

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte dazu, dass die Veränderung dringend erforderlich wäre, da man sich zum jetzigen Zeitpunkt bereits in den Haushaltsberatungen befinde und unverzüglich die Abstimmungen vorgenommen werden müssen, da am 30. und 31. Mai Entscheidungen im Land anstünden, die auf die TOO niederschlagen könnten. Dies wäre gerade in den nächsten Jahren sinnvoll, da es immer schwieriger werde, das Wirtschaftsjahr TOO mit dem Haushaltsjahr der Stadt in Einklang zu bringen. Die Dringlichkeit sei deshalb gegeben, um schnellstmöglich handeln zu können und um so effektiv wie möglich tätig zu werden.

Dazu führte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, aus, dass ein Antrag dann dringlich sei, wenn kurzfristig eingetretene Tatsachen die Dringlichkeit begründen, das heißt, dass zur rechtmäßigen Einbringung auch für den Stadtrat der Sachverhalt als solcher noch nicht bekannt gewesen wäre. Aus seiner Sicht sei der Haushalt der TOO seit ihrer Gründung in

diesem Maße geführt und man hätte den Antrag auch schon im Dezember, im Januar oder im Februar einbringen können. Deshalb sei die Dringlichkeit als solche abzulehnen.

Herr Bartl bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**

Damit wurde der Dringlichkeitsantrag nicht auf die Tagesordnung genommen.

Herr Bartl informierte, dass nachfolgende Änderungsanträge bzw. Ergänzungen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

6.1 Beschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2013 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 7. Mai 2013

Vorlage: V/2013/11700

Hierzu wurden Unterlagen nachgereicht.

6.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage - Prüfantrag zu Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen einer gemeinsamen Leitstelle mit dem Saalekreis (Vorlagen-Nr.: V/2013/11736)
Vorlage: V/2013/11773

6.11 Satzung des Jugendamtes der Stadt Halle (Saale) gemäß § 2 (2) KJHG LSA
Vorlage: V/2013/11577

Hierzu wurden Austauschblätter verteilt.

6.11.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, der Fraktion DIE LINKE und des stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Uwe Kramer
Vorlage: V/2013/11690

6.11.2 Änderungsantrag ~~des stimmberechtigten Mitglieds~~ des Jugendhilfeausschusses, ~~Herrn Dölle,~~ zur Satzung des Jugendamtes (V/2013/11577)
Vorlage: V/2013/11692

Der Jugendhilfeausschuss hat sich auf diesen Änderungsantrag des Ausschusses verständigt.

6.12 Bestellung eines Beschäftigtenvertreters für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2013/11691

Hierzu wurden die Viten der vorgeschlagenen Beschäftigtenvertreter verteilt.

7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844

Hierzu wurde eine Stellungnahme verteilt.

- 7.5 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019
Vorlage: V/2013/11604

Der Antrag wurde vom Antragsteller geändert.

- 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder
Vorlage: V/2013/11545

Es wurde der geänderte Antrag in der Sitzung verteilt.

- 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: V/2013/11697

Hier wurde eine Änderung vorgenommen. Das Ausscheiden des bisherigen sachkundigen Einwohners wurde in den Beschlusstext des Antrages einbezogen.

- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia Theaters
Vorlage: V/2013/11705

Hierzu wurde eine Stellungnahme verteilt.

- 8.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Umbesetzung des Vertreters eines Fraktionsmitgliedes im Gestaltungsbeirat
Vorlage: V/2013/11714

Der Antrag wurde geändert. Das Ausscheiden des bisherigen sachkundigen Einwohners wurde in den Beschlusstext des Antrages einbezogen.

- 10.3 Mitteilung Abstimmung zum Umgang mit Änderungsanträgen

Hierzu liegt ein weiterer Vermerk des Rechtsamtes vor.

- 10.4. Mitteilung über Schreiben des Landesverwaltungsamt zu einer Beschlussfassung
Hier liegt das Schreiben des Landesverwaltungsamtes zum Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates in personalrechtlichen Angelegenheiten vor.

Weiterhin informierte **Herr Bartl**, dass der TOP 7.3 aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung in den öffentlichen Teil als TOP 9.23 übernommen wird:

- 7.3 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Nutzern der kostenlosen
9.23 Logenplätze im Erdgas Sportpark

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass seine Fraktion Probleme mit dem Tagesordnungspunkt

- 6.4. Prüfauftrag: Gemeinsame Leitstelle
Vorlage: V/2013/11736

habe, da dies aus ihrer Sicht zum einen ein Geschäft der laufenden Verwaltung und zum anderen ein übertragener Wirkungskreis sei.

Sollte dies auf der Tagesordnung verbleiben, werde man dies zukünftig als Aufforderung sehen sich als Stadtrat mit derartigen Themen zu beschäftigen und hoffen, keine abschlägigen Rechtsgutachten diesbezüglich zu erhalten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen dazu gab, stellte **Herr Bartl** den Verbleib des TOP 6.4 auf der Tagesordnung fest.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte sich auch zum TOP 6.4 und merkte an, dass es zu diesem Punkt ein formales Problem gäbe, da die entsprechende Vorlage erst am Freitag übermittelt wurde und dies nicht fristgerecht gewesen sei. Und aus diesem Grund bat er um Absetzung des Tagesordnungspunktes 6.4.

Herr Bartl bat um Abstimmung des Antrages von Herrn Häder zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 6.4 von der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Damit wurde der Tagesordnungspunkt
6.4 Prüfauftrag: Gemeinsame Leitstelle
Vorlage: V/2013/11736
von der Tagesordnung abgesetzt.

Zum Tagesordnungspunkt

6.1 Beschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr
2013 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 7. Mai
2013
Vorlage: V/2013/11700

wies **Herr Krause, SPD-Fraktion**, darauf hin, dass es sich hier nicht um einen Änderungsbeschluss, sondern um einen Beschluss handelt, weil der Haushalt mit diesem Beschluss nicht abgeändert, sondern das Original beschlossen werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.04.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 24.04.2013
5. Bericht des Oberbürgermeisters

- 6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 Beschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2013 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 7. Mai 2013
Vorlage: V/2013/11700
 - 6.2 Aufhebung der zeitlichen Streckung der Auszahlung einer Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2011 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: V/2013/11678
 - 6.3 Aufhebung der zeitlichen Streckung der Auszahlung einer Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2013/11679
 - 6.4 *Prüfauftrag: Gemeinsame Leitstelle*
Vorlage: V/2013/11736 *abgesetzt*
 - 6.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage - Prüfantrag zu Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen einer gemeinsamen Leitstelle mit dem Saalekreis (Vorlagen-Nr.: V/2013/11736)*
Vorlage: V/2013/11773 *abgesetzt*
 - 6.5 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Schöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle und des Landgerichts Halle
Vorlage: V/2013/11683
 - 6.6 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt für die Amtsperiode 2014 bis 2018
Vorlage: V/2013/11685
 - 6.7 Wahl von Personen für den Schöffenwahlausschuss
Vorlage: V/2013/11684
 - 6.8 Neubesetzung eines Mitgliedes für Gestaltungsbeirat 2013 – 2015 (1. Amtszeit)
Vorlage: V/2013/11587
 - 6.9 Änderung des Entwurfes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)/Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf
Vorlage: V/2013/11511
 - 6.10 *Anpassung der Benutzungssatzung an die Gesetzesänderung KiFöG*
Vorlage: V/2013/11693 *abgesetzt*
 - 6.11 Satzung des Jugendamtes der Stadt Halle (Saale) gemäß § 2 (2) KJHG LSA
Vorlage: V/2013/11577
 - 6.11.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und des stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Uwe Kramer*
Vorlage: V/2013/11690

- 6.11.2 Änderungsantrag des stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses, Herrn Dölle, zur Satzung des Jugendamtes (V/2013/11577)
Vorlage: V/2013/11692
- 6.12 Bestellung eines Beschäftigtenvertreters für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2013/11691
- 6.13 Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11174
- 6.14 *Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*
Vorlage: V/2013/11687 *abgesetzt*
7. Wiedervorlage
- 7.1 Prüfauftrag der CDU-Fraktion zur Turnhalle des Südstadtgymnasiums
Vorlage: V/2013/11523
- 7.2 *Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Stadtratsfraktion) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"*
Vorlage: V/2013/11464 *abgesetzt*
- 7.3 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU-Stadtratsfraktion) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz
Vorlage: V/2013/11352
- 7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844
- 7.5 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019
Vorlage: V/2013/11604
- 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder
Vorlage: V/2013/11545
- 7.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien Verbindung von Steintor-Campus und Steintor-Platz
Vorlage: V/2013/11546
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Rockstation-Kultur e.V.
Vorlage: V/2013/11547
- 7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Personalentwicklung
Vorlage: V/2013/11726

- 8.2 Antrag der Stadträte Raik Müller und Roland Hildebrandt (beide CDU-Stadtratsfraktion) zum Bauabschnitt Böllberger Weg Nord
Vorlage: V/2013/11734
- 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Analyse zur Vergabe von Leih- und Zeitarbeit in der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben und den großen Beteiligungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11703
- 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: V/2013/11697
- 8.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Beleuchtungsvertrag
Vorlage: V/2013/11720
- 8.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Völkerschlacht 1813
Vorlage: V/2013/11721
- 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verschmelzung von HWG und GWG
Vorlage: V/2013/11723
- 8.8 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung des Zustands der Hochstraße
Vorlage: V/2013/11710
- 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen
Vorlage: V/2013/11701
- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia Theaters
Vorlage: V/2013/11705
- 8.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Umbesetzung des Vertreters eines Fraktionsmitgliedes im Gestaltungsbeirat
Vorlage: V/2013/11714
- 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11713
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Pflegekindern
Vorlage: V/2013/11731
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU-Stadtratsfraktion) zum Stadion Halle-Neustadt
Vorlage: V/2013/11722
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Stadtratsfraktion) zur Optimierung einer Ampelschaltung
Vorlage: V/2013/11732

- 9.4 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Stadtratsfraktion) zu den Auswirkungen der neuen Verkehrsführung im Bereich Bitterfelder Straße/Bierrain/Dübener Straße/Torgauer Straße/Alfred-Schneider-Straße
Vorlage: V/2013/11735
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Einzelhandelsstandort Dölau
Vorlage: V/2013/11699
- 9.6 Anfrage des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE im Stadtrat) zum Vollzug von festgesetzten Bußgeldern
Vorlage: V/2013/11619
- 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Wegerecht im Bereich der „Bergschenke“ (Kröllwitz)
Vorlage: V/2013/11716
- 9.8 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Fußgängerampel Haltstelle „Talstraße“
Vorlage: V/2013/11718
- 9.9 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum ehemaligen Schulgarten am Galgenberg
Vorlage: V/2013/11725
- 9.10 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Gemeinschaftsschule
Vorlage: V/2013/11724
- 9.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Begrünung des Marktplatzes
Vorlage: V/2013/11727
- 9.12 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Händeldenkmal auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2013/11729
- 9.13 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2013/11728
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung von Fachkonzepten
Vorlage: V/2013/11702
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung bei Gesetzesvorhaben des Landes
Vorlage: V/2013/11704
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Künstlerhaus 188
Vorlage: V/2013/11708
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Projekt- und Kostenentwicklung des 4. Bauabschnitts der Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost (Osttangente)
Vorlage: V/2013/11715

- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Verkehrsdatenerhebungen in der Stadt Halle (Saale) seit 2009
Vorlage: V/2013/11719
- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausschreibungspflicht bei Unternehmen mit städtischer Beteiligung
Vorlage: V/2013/11625
- 9.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum regionalen Strategiekonzept der ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11709
- 9.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu den voraussichtlichen Kosten zur Umsetzung des Grundsatz- und Baubeschlusses HAUPTerschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2013/11711
- 9.22 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) zur Aktualisierung des Mietspiegels der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11707
- 9.23 TOP 7.3 aus nicht öffentlicher Sitzung
Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Nutzern der kostenlosen Logenplätze im Erdgas Sportpark
Vorlage: V/2013/11730
10. Mitteilungen
- 10.1 *Anpassung der Finanzierungsrichtlinie an die Gesetzesänderung KiFöG*
Vorlage: V/2013/11667 *abgesetzt*
- 10.2 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2013
Vorlage: V/2013/11607
- 10.3 Mitteilung Abstimmung zum Umgang mit Änderungsanträgen
- 10.4 Mitteilung über Schreiben des Landesverwaltungsamt zu einer Beschlussfassung
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
- 12.1 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Situation von Radfahrerinnen und Radfahrern auf dem Boulevard und Marktplatz
Vorlage: V/2013/11706
- 12.2 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur erneuten Bewerbung des kostenfreien WLAN-Zugangs auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2013/11712
- 12.3 Anregung der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Bürgerbeteiligung zu Standortvorschlägen für Tempokontrollen
Vorlage: V/2013/11717
13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.04.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 43. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.04.2013.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 24.04.2013 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

- 4.1 Pachtvertrag zur Betreibung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle ab 2014
Vorlage: V/2013/11434

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Vergabe des Pachtvertrages zur Betreibung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle an die Betreiber GmbH von Matthias Winkler und Ulf Herden vom 01.01.2014 bis zum 30.06.2023.
2. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

- 4.2 Belastung eines Erbbaurechtes mit Grundschulden
Vorlage: V/2013/11555

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Stadtverwaltung gemäß Beschlussvorlage zu ermächtigen, der Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück Wettiner Straße 5 (Gemarkung Wörmlitz, Flur 6, Flurstück 266) durch die Bestellung von Grundschulden in Höhe von 2.480.160,29 € zzgl. 15 % Zinsen jährlich zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt zuzustimmen.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Es lag kein Bericht des Oberbürgermeisters vor.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Beschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2013 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 7. Mai 2013** **Vorlage: V/2013/11700**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form/Betreff):

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss zum Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"-V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101 – V/2013/11583 – auf.
2. Der Stadtrat tritt der Genehmigung des Landesverwaltungsamt am 07.05.2013, AZ-208-10402-HAL-HH 2013-2 bei.

Herr Misch, CDU-Fraktion, führte im Nachgang der Abstimmung aus, dass in den Unterlagen, die heute zugereicht und später für gegenstandslos erklärt worden sind, Differenzen aufgetreten seien. Es verwies darauf, dass zwei verschiedene Haushaltssatzungen mit unterschiedlichen Zahlen existieren, welche beide vom Oberbürgermeister gesiegelt sind.

In der einen Haushaltssatzung gehe man explizit auf den Antrag mit den 80.000 Euro ein und in der zweiten Satzung stehen dann 160.00 Euro in dem Produkt. Beide Satzungen seien vom Oberbürgermeister gesiegelte Ausführungen und er fragte an, auf welche Satzung sich der eben gemachte Beschluss beziehe.

Weiterhin möchte er wissen, wie es zu diesen unterschiedlichen Zahlenangaben in den beiden Satzungen kommt und warum zwei unterschiedliche Aussagen als rechtmäßig gesiegelt worden sind.

Dazu führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass dies mit dem Antrag der CDU-Fraktion zusammenhänge, in welchem 80.000 Euro im Bereich der Grünflächen mehr gefordert worden. In der Finanzausschusssitzung war man so verblieben, dass die Verwaltung diesen Antrag übernehmen wird und er trotzdem auf der Tagesordnung des Stadtrates bleibt, bis die Verwaltung den Nachweis formal liefert, dass die entsprechende Deckung dieses Antrages gewährleistet ist.

Im Stadtrat war der Änderungsantrag dann auf der Tagesordnung und die Verwaltung hatte das Zahlenwerk entsprechend dem Antrag geändert. In der Stadtratssitzung, wo der Haushalt beschlossen wurde, war dieser Antrag nicht zurückgezogen, sondern er blieb auf

der Tagesordnung und ist dann entsprechend im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt noch einmal beschlossen worden.

Durch die Übernahme des Antrages wurden die Haushaltssatzung und das Zahlenwerk entsprechend vorbereitet und ging so an das Landesverwaltungsamt. Dort war man formal juristisch der Auffassung, dass damit der Antrag zweimal im Zahlenwerk zu berücksichtigen sei, nämlich das erste Mal im Rahmen der Festlegungen des Finanzausschusses und das zweite Mal dann durch die Beschlusslage im Stadtrat.

Und diese Sichtweise hat das Landesverwaltungsamt in die erste Beanstandung mit eingebaut. Die Verwaltung war sich aber einig, dass dieser nur Beschluss einmal getroffen und gefasst ist.

Jetzt werde durch die Vorlage im Punkt 1 diese Doppelung korrigiert und diese Korrektur führe dazu, dass die Haushaltssatzung wieder bei Null steht.

Herr Misch erklärte sich mit den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Geier nicht einverstanden und wies darauf hin, dass der Haushaltsplan, nachdem der Antrag im Finanzausschuss eingebracht wurde, von der Stadtverwaltung überarbeitet und dieser Antrag in den Haushaltsplan aufgenommen wurde. Darin sei ein Gesamtbetrag an Aufwendungen in Höhe von 576.346,09 Euro dargestellt. Und konkret in dem Produkt 1.775.371 Euro.

Dies war die Beschlusslage des Finanzausschusses und die Vorlage, mit dieser Satzung und dieser Zahl, sei gesiegelt und unterschrieben und diese wurde auch an das Landesverwaltungsamt gegeben.

Das Landesverwaltungsamt habe dann mit dem eingebrachten Haushalt verglichen und festgestellt, dass 80.000 Euro nicht enthalten sind.

Nun gebe es eine zweite Haushaltssatzung und die Höhe der Aufwendungen betrage hier 576.426,09 Euro. Das wären dann noch einmal 160.000 Euro mehr, als in dem Entwurf. Und in dem Produkt gehe man von 1.855.371 Euro aus, also noch einmal 80.000 Euro mehr.

Dieses Papier sei ebenfalls gesiegelt und **Herr Misch** merkte an, dass dieses Papier, wäre es dem Landesverwaltungsamt vorgelegt worden, nicht hätte beanstandet werden können, weil die Erhöhung schon sichtbar war.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Fortführung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

**zu 6.2 Aufhebung der zeitlichen Streckung der Auszahlung einer Ausschüttung
aus dem Bilanzgewinn 2011 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: V/2013/11678**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, äußerte seine Bedenken zur Abstimmung, da er den Eindruck hätte, dass das Landesverwaltungsamt vorgeben wolle, wie man sich im Abstimmungsverfahren zu verhalten habe. Dies könne er nicht billigen, er werde sich deshalb der Stimme enthalten. Er merkte weiterhin an, dass er die inhaltliche Aussage des Landesverwaltungsamtes zwar akzeptiere, jedoch nicht die Form. Er habe schon eine Beschwerde beim Landesverwaltungsamt angemeldet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass das Landesverwaltungsamt nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit gehandelt habe, dass man sich selbst zunächst korrigiert.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

In Abänderung der Beschlüsse des Stadtrates zur Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH vom 21.11.2012 (Vorlage-Nr. V/2012/11132) und nach dem Widerspruch der Oberbürgermeisterin vom 12.12.2012 (Vorlage-Nr. V/2012/11293) hebt der Stadtrat

- zum Beschlusspunkt 2. die Regelungen

„Die Auszahlung erfolgt in folgenden Tranchen:

im Jahr 2012: 4.000.000,00 €
im Jahr 2013: 2.000.000,00 €“

und

„In Höhe von EUR 2.000.000,00 wird per 31.12.2012 eine Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.“

sowie

- den Beschlusspunkt 6. mit der Formulierung

„Die in Punkt 2 dieser Vorlage genannten Auszahlungstranchen sind in den entsprechenden Jahresbilanzen der Stadt Halle (Saale) ab 2012 als terminierte Forderungen zu aktivieren.“

auf.

**zu 6.3 Aufhebung der zeitlichen Streckung der Auszahlung einer Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2013/11679**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

In Abänderung der Beschlüsse des Stadtrates zur Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vom 21.11.2012 (Vorlage-Nr. V/2012/10929) und nach dem Widerspruch der Oberbürgermeisterin vom 12.12.2012 (Vorlage-Nr. V/2012/11294) hebt der Stadtrat

- zum Beschlusspunkt 2. die Regelungen

„Die Auszahlung erfolgt in folgenden Tranchen:

im Jahr 2012: 1.300.000,00 €
im Jahr 2013: 1.300.000,00 €
im Jahr 2014: 741.818,28 €“

und

„In Höhe von EUR 2.041.818,28 wird per 31.12.2012 eine Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.“

sowie

- den Beschlusspunkt 6. mit der Formulierung

„Die in Punkt 2 dieser Vorlage genannten Auszahlungstranchen sind in den entsprechenden Jahresbilanzen der Stadt Halle (Saale) ab 2012 als terminierte Forderungen zu aktivieren.“

auf.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, erklärte zu den Tagesordnungspunkten

zu 6.2 Aufhebung der zeitlichen Streckung der Auszahlung einer Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2011 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: V/2013/11678

und

zu 6.3 Aufhebung der zeitlichen Streckung der Auszahlung einer Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2013/11679

dass in beiden Begründungen des Landesverwaltungsamtes angeführt wurde, dass der Antrag ohne Begründung gewesen sei.

Er wies darauf hin, dass man im Nachgang die Antragsteller hätte auffordern können, eine schriftliche Begründung nachzuliefern. Er bat darum, in Zukunft darauf zu achten, dass von Seiten der Verwaltung abgefragt werde, ob man eine Begründung noch nachreichen könne.

**zu 6.5 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Schöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle und des Landgerichts Halle
Vorlage: V/2013/11683**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat schlägt dem Schöffenwahlausschuss die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste zur Wahl vor.

zu 6.6 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt für die Amtsperiode 2014 bis 2018
Vorlage: V/2013/11685

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat schlägt dem Wahlausschuss die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt vor.

zu 6.7 Wahl von Personen für den Schöffenwahlausschuss
Vorlage: V/2013/11684

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass ein Stadtrat die Einzelabstimmung wünschte und deshalb auch so verfahren werde. Dazu werden die einzelnen Stadträte zur geheimen Stimmabgabe aufgerufen.

Abstimmungsergebnis: **Beschluss per geheimer Wahl**

Der Stadtrat wählt folgende Personen in den Schöffenwahlausschuss des Amtsgerichtes Halle (Saale):

1. Frau Karin Ciesiolka, Franzosenweg 18, 06112 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 41 Ja-Stimmen
2. Frau Ute Haupt, Staßfurter Straße 7, 06132 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 41 Ja-Stimmen
3. Herr Burkhard Feißel, Roßbachstraße 53, 06112 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 41 Ja-Stimmen
4. Herr Thoralf Thämelt, Universitätsring 8, 06108 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 43 Ja-Stimmen

5. Herr Stefan Suerbier, Puschkinstraße 9, 06108 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 40 Ja-Stimmen

Als Vertreter werden gewählt:

1. Herr Bernhard Bönisch, August-Bebel-Platz 8, 06108 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 41 Ja-Stimmen
2. Frau Henriette Quade, Läuferweg 1, 06128 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 40 Ja-Stimmen
3. Herr Wolf-Michael Groß, Planenaer Weg 23, 06128 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 41 Ja-Stimmen
4. Herr Martin Hoffmann, Zwingerstraße 9, 06110 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 42 Ja-Stimmen
5. Frau Elisabeth Krausbeck, Mühlweg 16, 06114 Halle (Saale)
von 54 anwesenden Stadträten
bei 54 abgegebenen Stimmen (davon 1 ungültig)
mit 43 Ja-Stimmen

Beschluss:

Der Stadtrat wählt folgende Personen in den Schöffenwahlausschuss des Amtsgerichtes Halle (Saale):

1. Frau Karin Ciesiolka, Franzosenweg 18, 06112 Halle (Saale)
2. Frau Ute Haupt, Staßfurter Straße 7, 06132 Halle (Saale)
3. Herr Burkhard Feißel, Roßbachstraße 53, 06112 Halle (Saale)
4. Herr Thoralf Thämelt, Universitätsring 8, 06108 Halle (Saale)
5. Herr Stefan Suerbier, Puschkinstraße 9, 06108 Halle (Saale)

Als Vertreter werden gewählt:

1. Herr Bernhard Bönisch, August-Bebel-Platz 8, 06108 Halle (Saale)
2. Frau Henriette Quade, Läuferweg 1, 06128 Halle (Saale)
3. Herr Wolf-Michael Groß, Planenaer Weg 23, 06128 Halle (Saale)
4. Herr Martin Hoffmann, Zwingerstraße 9, 06110 Halle (Saale)
5. Frau Elisabeth Krausbeck, Mühlweg 16, 06114 Halle (Saale)

Sie zitierte daraus: „Ammendorf stellt auf Grundlage solitärer Einzelhandelsstrukturen, fehlender ergänzender Einrichtungen und einzelhandelsnaher Dienstleistungen und fehlender stadtbaulicher Kompaktheit künftig keinen schützenswerten zentralen Versorgungsbereich dar.“

Und wenn schon zentrale Versorgungszentren entstehen, dann sollten sie nicht mehr als 800 qm ausweisen.

Diese Analyse hätte es vor kurzem noch gegeben und sie könne diesen neuen Antrag von der Verwaltung nicht verstehen und aus diesem Grund bat auch sie um Ablehnung des Antrages.

Herr Felke, SPD-Fraktion, bemerkte dazu, dass auch im Ausschuss schon eine Diskussion dazu geführt wurde und man sich trotzdem mit breiter Mehrheit entschlossen habe, dieses Nahversorgungszentrum in Abänderung des Entwurfes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes aufzunehmen. Im Ausschuss wurden dazu hinreichende Gründe dafür dargelegt, insbesondere gäbe es auch den Wunsch aus der Bevölkerung heraus.

Auch sei der Hinweis von Herrn Feigl, eine stärkere Anbindung an das alte Ammendorfer Zentrum vorzunehmen, leider nicht durchführbar.

Angesichts der Gründe, die von der Verwaltung vorgelegt worden sind, könne man aber diesen Antrag mittragen.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, wies darauf hin, dass mit der Vorlage das Einzelhandelskonzept, welches noch nicht einmal beschlossen sei und eigentlich Rechtssicherheit bringen sollte, im Sinne geändert werde.

Das Hauptproblem dabei sei, dass das dortige zusammenhängende Gewerbegebiet, ein Altindustrialgebiet, jetzt für konsumtive Zwecke verwendet werden soll. Das Gebiet sei geteilt durch die B 91 und das hieße, die Einkäufer würden alle Linksabbieger sein und beim Wiederauffahren auf die Straße wieder Linksabbieger. Dies sei vom praktischen hier nicht durchdacht.

Herr Sieber führte weiterhin aus, dass es auf dem vorgesehenen Gelände eine Spedition gäbe, die dann weg müsste und auch die Jugendverkehrswacht. Und durch die Bebauung des Industriegeländes werde das eigentliche Ammendorfer Zentrum weiter geschädigt.

Nach Ansicht von **Herrn Sieber** stehe die Vorlage völlig im Widerspruch zum Entwurf des Einzelhandelskonzeptes, denn in diesem werde auf Seite 245, Grundsatz 1, Punkt b) festgeschrieben, dass Betriebe mit nahversorgungsrelevanten Kernsortiment nicht in Gewerbe- und Industriegebieten angesiedelt werden, Ausnahme Tankstelle und Kiosk.

Mit der Vorlage werden radikal gegen das Konzept verstoßen, denn im Endeffekt entstehe die grüne Wiese in der Stadt.

Herr Sieber bat um Prüfung der beiden Alternativen, entweder das alte Ammendorfer Zentrum als solches weiter zu befördern oder, wenn überhaupt in diesem Bereich investiert und ein Nahversorgungszentrum entstehen soll, dann nur auf der rechten Straßenseite, wo jetzt Aldi und einige wenige andere Geschäfte angesiedelt sind, als Fläche für das Nahversorgungszentrum zu nutzen.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, ergänzte, dass das gravierendste die Ausweisung der Fläche für das Einzelhandelsversorgungszentrum sei. Diese umfasse ein sehr großes Gebiet und in der Folge werden weitere Einzelhandelsunternehmen nachfolgen.

Abstimmungsergebnis:

mit Patt abgelehnt

24 Ja-Stimmen

24 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Entwurf des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes wird geändert. Als zusätzlicher zentraler Versorgungsbereich mit der Funktion eines Nahversorgungszentrums wird der Standort Ammendorf aufgenommen.*
- 2. Der Abgrenzungsvorschlag für den zentralen Versorgungsbereich in Anlage 1 der Zusammenfassenden Sachdarstellung mit der Begründung für die Aufnahme des Nahversorgungszentrums Ammendorf wird bestätigt.*
- 3. Die Zusammenfassende Sachdarstellung mit der Begründung für die Aufnahme des Nahversorgungszentrums Ammendorf einschließlich des Abgrenzungsvorschlages wird öffentlich ausgelegt.*

**zu 6.11 Satzung des Jugendamtes der Stadt Halle (Saale) gemäß § 2 (2) KJHG LSA
Vorlage: V/2013/11577**

**zu 6.11.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, der
Fraktion DIE LINKE und des stimmberechtigten Mitgliedes des
Jugendhilfeausschusses Uwe Kramer
Vorlage: V/2013/11690**

**zu 6.11.2 Änderungsantrag des stimmberechtigten Mitglieds des
Jugendhilfeausschusses, Herrn Dölle, zur Satzung des Jugendamtes
(V/2013/11577)
Vorlage: V/2013/11692**

Frau Dr. Bock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beantragte im Namen ihrer Fraktion, dass dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Stadtratssitzung vertagt wird, damit die Möglichkeit gegeben sei, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Es gehe hierbei um den Änderungsantrag, der indirekt über seinen Beschlusstext in die Verwaltungseinheitenbenennung des Oberbürgermeisters eingreift.

Im Jugendhilfe- und im Hauptausschuss gab es eine große Zustimmung dazu, welche sie auch teilt. Indirekt sei mit diesem Antrag aber eine Umbenennung intendiert. Es wäre nicht gut, dies im Zusammenhang mit der Satzung abzustimmen.

Aus diesem Grund bat sie im Namen ihrer Fraktion darum, dass die Fraktionsvertreter gegebenenfalls noch einmal mit dem Oberbürgermeister ins Gespräch kommen, um eine Lösung zu finden. Sie beantrage im Namen ihrer Fraktion die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach sich gegen eine Vertagung aus, da es Argumente gäbe, warum dieser Fachbereich so genannt werden soll, wie es gesetzlich vorgeschrieben sei und sie nicht glaube, dass der Oberbürgermeister mit seinem Widerspruch durchkommen werde.

Auch sei sie der Meinung, dass der Fachbereich, wenn er Jugend, Bildung und Familie heißen würde, dem Anliegen entspräche, da die Benennung nur in Fachbereich Bildung nicht gerechtfertigt sei, da die Kommune keine bildungspolitischen Aufgaben habe und eine Verzögerung würde zu diesem Thema auch keine wirkliche Änderung bringen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Frau Dr. Brock auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Damit verblieb der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung und konnte weiter besprochen werden.

Frau Wolff äußerte sich weiterhin dazu und führte aus, dass die Sozialplanung nicht die Jugendhilfeplanung ersetzen könne, da die Jugendhilfeplanung gesetzlich vorgegeben sei und die Sozialplanung bisher nur eine freiwillige Aufgabe war.

Sie erinnerte daran, dass die Sozialplanungsgruppe bisher im Jahr 2009 den Familienbericht, den Bericht zur Kinderarmut und den Bildungsbericht vorgelegt habe, im Jahr 2010 den Planungs- und Umsetzungsbericht zu einer Armutskonferenz und 2011 die Schulentwicklungsplanung. Damit sei auch festgestellt, dass die Sozialplanungsgruppe noch nie zur Jugendhilfeplanung gearbeitet habe und es wäre sinnvoll, Sozialplanung und die gesetzliche Jugendhilfeplanung im Kontext zu nennen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach sich dafür aus, auch dem ersten Änderungsantrag zuzustimmen, denn eine Sozialplanung könne nicht losgelöst von der Jugendhilfeplanung gemacht werden.

**zu 6.11.2 Änderungsantrag des stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses, Herrn Dölle, zur Satzung des Jugendamtes (V/2013/11577)
Vorlage: V/2013/11692**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Stadt Halle (Saale) soll wie folgt geändert werden:

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung des Jugendamtes zu.

~~Der Fachbereich Bildung ist damit Jugendamt im Sinne des SGB VIII.~~

Das Jugendamt im Sinne des SGB VIII ist ein eigenständiger Teil des Fachbereichs Jugend, Familie und Bildung.

zu 6.11.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, der Fraktion DIE LINKE und des stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Uwe Kramer**
Vorlage: V/2013/11690

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung des Jugendamtes **mit der nachstehenden Änderung** zu. Der Fachbereich Bildung ist damit Jugendamt im Sinne des SGB VIII.

§ 2 Abs. 2 der Satzung des Fachbereiches Bildung der Stadt Halle (Saale) wird gestrichen und mit folgendem Text ersetzt:

Die Sozialplanungsgruppe arbeitet mit der Jugendhilfeplanung zusammen. Die Planungen im Sozialbereich und im Bereich der Jugendhilfe werden aufeinander abgestimmt und sollen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.

zu 6.11 **Satzung des Jugendamtes der Stadt Halle (Saale) gemäß § 2 (2) KJHG LSA**
Vorlage: V/2013/11577

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Satzung des Jugendamtes zu.
~~Der Fachbereich Bildung ist damit Jugendamt im Sinne des SGB VIII.~~
Das Jugendamt im Sinne des SGB VIII ist ein eigenständiger Teil des Fachbereichs Jugend, Familie und Bildung.

Bemerkung

Durch Zustimmung des Änderungsantrages V/2013/11690 ergeben sich zudem Änderungen im Satzungstext:

§ 2 Abs. 2 der Satzung des Fachbereiches Bildung der Stadt Halle (Saale) wird gestrichen und mit folgendem Text ersetzt:

Die Sozialplanungsgruppe arbeitet mit der Jugendhilfeplanung zusammen. Die Planungen im Sozialbereich und im Bereich der Jugendhilfe werden aufeinander abgestimmt und sollen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.

zu 6.12 Bestellung eines Beschäftigtenvertreters für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2013/11691

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass das Verfahren nicht gut vorbereitet gewesen sei, es gäbe keine Viten zu den Personen und auch die Namen seien zu kurzfristig bekannt gegeben worden. Aus diesem Grund fragte er ob es möglich wäre, diese Bestellung in der nächsten Stadtratssitzung in einem ordentlichen Verfahren durchzuführen.

Dazu teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass die zwei Personen Vorschläge des Personalrates seien und dieser wünsche, dass diese Stellen zeitnah im Betriebsausschuss besetzt werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erinnerte an die vorangegangenen Wahlen laut Eigenbetriebsgesetz und verwies darauf, dass immer schriftlich gewählt wurde. In diesem Sinne bat er auch um eine ordentliche Vorbereitung des Verfahrens.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, beantragte die Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung des Stadtrates, um das Verfahren vorher noch einmal im Hauptausschuss zu besprechen. Auch er verwies darauf, dass eine Personenwahl entsprechend geheim erfolgen müsse.

Herr Beigeordneter Neumann merkte dazu an, dass die Verwaltung die Vorlage zurückzieht und die Anregung aufnehmen wird, das Verfahren zur Wahl laut Eigenbetriebsgesetz zu prüfen. Die Vorlage werde dann in der nächsten Stadtratssitzung wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt
durch Verwaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestellt einen der zwei vorgeschlagenen Beschäftigtenvertreter in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement:

1. *Frau Heike Rittwage,*
2. *Frau Uta Thieme.*

zu 6.13 Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11174

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, merkte an, dass sich die Rahmenbedingungen ab dem 01.08.2013 grundsätzlich ändern werden, sowohl was die Finanzierung als auch die Personalanzahl und ähnliches betreffe. Diese Änderungen seien im vorliegenden Wirtschaftsplan noch nicht berücksichtigt und er verwies darauf, dass man sich spätestens im September wieder über einen neuen Wirtschaftsplan unterhalten müsste.

Es sei bedauerlich, dass die neuen Rahmenbedingungen noch nicht eingeplant worden sind, obwohl das Gesetz ebenso feststeht, wie die Finanzierung und es hätten durchaus Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Seine Fraktion werde dem Wirtschaftsplan zwar zustimmen, damit der Eigenbetrieb handlungsfähig sei, doch für die Zukunft bat er zu beachten, dass neue Gesetze in den Plänen berücksichtigt und beachtet werden.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

zu 7 Wiedervorlage

**zu 7.1 Prüfauftrag der CDU-Fraktion zur Turnhalle des Südstadtgymnasiums
Vorlage: V/2013/11523**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, äußerte sich zum Thema Barrierefreiheit dahingehend, dass zukünftig darauf zu achten sei, bei sämtlichen Baumaßnahmen, nicht nur Barrierefreiheit auf bewegungseingeschränkte Menschen zu reduzieren.

Er forderte die Verwaltung auf, dass darauf geachtet werde, dass bei sämtlichen Baumaßnahmen die Barrierefreiheit von Anfang an mitgedacht wird.

Als Beispiel führte er das Stadthaus an, wo an der Glastür zum Hof neuerdings der Hinweis stehe, wo sich der Lift befindet. Dieser Hinweis sei weiß vor hellem Hintergrund und dadurch nur schwer erkennbar und er verwies darauf, dass es mit Sicherheit ohne große Kosten möglich gewesen wäre, einen Kontrast reinzubringen, damit dieses Schild von allen Menschen entsprechend gesehen werden könne.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, **alle zu prüfen, welche Maßnahmen schnellstmöglich zu treffen getroffen werden können**, um **an bzw.** in der Turnhalle des Südstadtgymnasiums:

- 1. die letzte fehlende Rampe zu installieren**
- 2. behindertengerechte Toiletten und**
- 3. einen behindertengerechten Zugang zu den Umkleieräumen in der Sporthalle**

zu schaffen.

zu 7.3 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz
Vorlage: V/2013/11352

Zu seinem Antrag erklärte **Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, dass diesem eine Anfrage zur Verkehrssituation am Franckeplatz vorausgegangen sei, die gezeigt habe, dass der Franckeplatz zeitweise, morgens und abends in den Hauptverkehrszeiten, praktisch bis auf fünf Minuten für den Autoverkehr gesperrt wird. Diese Situation sei unerträglich und sein Antrag ziele darauf hin, dass sich die Verwaltung Gedanken dazu mache, wie diese Situation entschärft werden könne.

Sein Vorschlag über eine parallele Spange vom Hallmarkt zum Böllberger Weg sei nur eine Möglichkeit und es ginge vielleicht auch durch eine optimierte Ampelschaltung.

Herr Bauersfeld bat um Zustimmung seines Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verbesserung der Verkehrssituation für den Kfz-Verkehr am Franckeplatz zu erreichen. Dazu soll die Verwaltung die HAVAG anweisen, eine Entzerrung des Straßenbahnverkehrs durch Optimierung ihrer Streckenführung zu untersuchen. Dabei ist auch eine mögliche Entlastung des Franckeplatzes durch eine Ergänzung des bestehenden Straßennetzes durch eine Trasse vom Hallmarkt über den Knoten 46 bis zum Böllberger Weg zu untersuchen. Das Ergebnis dieser Untersuchung soll dem Stadtrat bis zur Julisitzung dieses Jahres vorgelegt werden.

zu 7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844

Herr Krause, SPD-Fraktion, erläuterte, dass der Antrag entsprechend geändert wurde, wie es die Diskussionen in den Ausschüssen ergeben haben und er wies darauf hin, dass der Punkt 2, welcher die Kostendeckung beschreibt, nicht mehr Gegenstand des Antrages ist, da er schon eingearbeitet und damit erledigt sei.

Gegenstand der Beschlussfassung sei der Punkt 1, welcher in Rücksprache mit der Verwaltung modifiziert wurde.

Herr Kley, FDP-Fraktion, führte dazu aus, dass sich seine Fraktion der Stimme enthalten werde und er verwies darauf, dass bereits ein Beschluss des Stadtrates existiert, privaten Initiatoren von Baumpflanzungen Flächen zuzuweisen. Und es gäbe vermehrt das Problem, dass bei Ausgleichsmaßnahmen keine Flächen gefunden werden für Baumpflanzungen.

Seine Fraktion hätte sich gefreut, wenn es eine Verbindung der Beschlüsse des Stadtrates gegeben hätte, mit dem Aufzeigen von Möglichkeiten, dass die, die etwas Bleibendes schaffen wollen für die Stadt, sich auch wiederfinden.

Stattdessen werde nur darüber informiert, dass das Grünflächenamt für die Ersetzung der Bäume zukünftig Geld erhalte. Hier könne man im Interesse aller mehr tun und das bürger-schaftliche Engagement auch stärker würdigen.

Herr Krause erinnerte daran, dass dieser Antrag privates Engagement nicht ausschlieÙe, sondern im Gegenteil als Aufforderung empfunden werden könne. Und bei den Kosten habe man schon die minimalste Variante gewählt.

Er merkte weiterhin an, dass man darauf reagieren wollte, weil es in der nächsten Zeit in Halle-Neustadt eine besondere Situation geben werde mit den Hybridpappeln.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass mittelfristig notwendige Baumfällungen durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsplanentwürfen der Stadtverwaltung ab dem Haushaltsjahr ~~2013~~ **2014** zu berücksichtigen. **Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Kompensation der Altbestände von Hybridpappeln durch die Pflanzung anderer Baumarten im Stadtteil Neustadt zu richten.**
- ~~2. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Kompensation der Altbestände von Hybridpappeln durch die Pflanzung anderer Baumarten im Stadtteil Neustadt zu richten.~~
- ~~3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die finanzielle Ausstattung des Grünflächenamtes einen langfristigen Pflegeplan für den kommunalen Baumbestand einschließlich des Straßenbaumbestandes ermöglicht.~~
- ~~2. Die Deckung der Kosten für die Ersatzpflanzungen im Jahr 2013 (ca. 100) in Höhe von 226 T€ erfolgt aus Mehrerträgen im Produkt 1.12201 „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ (Haushaltsansatz Bußgelder), die bisher nicht im Haushaltsentwurf 2013 eingeplant worden sind. Die Mittel sind in das Produkt 1.55103 Stadtgrün (Bäume, Gehölze etc.) Aufwand für Sach- und Dienstleistungen einzustellen.~~

**zu 7.5 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion
und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen
Hansetages 2019
Vorlage: V/2013/11604**

Dazu äußerte sich **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, dahingehend, dass der Internationale Hansetag eine Möglichkeit sei, eine große internationale Veranstaltung nach Halle zu holen.

Sie könne aus eigener Erfahrung sprechen, da sie bei den Internationalen Hansetagen in Kaunas und in Lüneburg dabei war und dort hunderttausende Menschen in der Stadt unterwegs gewesen seien und dieses Flair sollte auch nach Halle geholt werden.

Es wäre eine Chance für die Stadt Halle, gerade weil im Moment in die Richtung gegangen werde, den Tourismus zu forcieren. Und Tourismus bringe auch der Internationale Hansetag. Sie merkte weiterhin an, dass es Internationale Hansepässe gäbe und Hansetouristen, die von einer Hansestadt in die andere fahren.

Frau Fleischer wies ebenfalls darauf hin, dass man bedenken müsse, dass die Hanse als Verband von Kaufleuten entstanden sei, die sich verbunden haben, um Hansewege zu verteidigen. Dies wären schon die ersten Netzwerke von Wirtschaftsunternehmen gewesen und dieser Aspekt sollte weiter verfolgt werden.

In Bezug auf die Kosten führte **Frau Fleischer** aus, dass es einen wirtschaftlichen Erfolg für Halle und die Region geben könnte und sie verwies auf die hohe Auslastung der Hotelbetten, die Gastronomie, die Kultur und auch auf den Handel.

Aus diesen Gründen heraus bat sie um Zustimmung des Antrages.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte seine Zustimmung zum Anliegen der Antragsteller, wies aber auch darauf hin, dass entscheidend sei, zu welchem Preis dies gerade im Hinblick auf die jetzige Haushaltslage passieren könne.

Die Antragsteller hätten bisher mit 500.000 Euro städtischer Mittel gerechnet, welche jetzt aus dem Antrag gestrichen worden sind. Es bleibe aber die Frage, wie hoch die Kosten sich wirklich entwickeln und aus welchem Teil sie bereitgestellt werden sollen.

Herr Feigl verwies darauf, dass andere Städte teilweise Millionenbeträge dafür aufgebracht hätten und unter dem sollte man auch nicht planen. Er führte als Beispiel das Stadtjubiläum von 1200 Jahre Halle an, welches unter dem Spardiktat verkümmert sei. Und ein unterfinanzierter Hansetag könnte die wohlgemeinten Effekte nur in das Gegenteil verkehren.

Aus diesem Grund fragte **Herr Feigl** die Antragsteller, ob die Stadt derzeit die Kraft und vor allem die finanziellen Mittel für dieses Event habe und wenn ja, bat er um einen Deckungsvorschlag dafür. Er sehe es bei der derzeitigen Haushaltslage nicht und auch nicht in absehbarer Zeit und deshalb könne er diesem Antrag nicht zustimmen und er appellierte an die Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen bzw. einen Deckungsvorschlag für eine derartige Veranstaltung zu bringen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, informierte, dass die Stadt im Moment nicht in der Lage sei, eine Aussage zu treffen, ob man im Jahr 2019 überhaupt Geld zur Verfügung habe, für eine solche Veranstaltung. Schließlich hätte es auch schon die Überlegung gegeben, die traditionsreichen Händelfestspiele alternierend aller 2 Jahre stattfinden zu lassen.

Für das Jahr 2014 stehe die Diskussion über ein Haushaltsloch von 30 Mio. Euro zur Debatte und in der Haushalts- und Finanzplanung der nächsten Jahre müssen durch die Verwaltung oder durch den Sparberater Vorschläge für Konsolidierungsmaßnahmen vorgeschlagen werden. Deshalb sei nichts dagegen einzuwenden, wenn diejenigen, die am meisten davon profitieren, sich an der Finanzierung beteiligen würden. Offensichtlich sei dies aber nicht der Fall.

Er könne auch nicht verstehen, dass der zweite Satz, welcher sich auf die Finanzierung bezog, jetzt gestrichen wurde. Als Vorsitzender des Finanzausschusses fehlen ihm da die Worte.

Herr Dr. Meerheim verwies darauf, dass in den vergangenen Jahren über Größenordnungen von 1.000 Euro für Vereine und auch verschiedene „bunte Listen“ geredet wurde, wenn es um Streichungen ging.

Jetzt soll unverhältnismäßig viel Geld durch die Stadt aufgebracht werden und man wisse nicht, was dies der Stadt bringe. Möglicherweise gäbe es auch Einnahmen in der Hotellerie und in den Gaststätten und vielleicht auch noch in dem ein oder anderen Kaufhaus in der Stadt. Doch die Gelder werden zu Recht bei denen bleiben, die die Leistungen erbringen für die Gäste.

Herr Dr. Meerheim merkte weiterhin an, dass die Stadt Halle (Saale) nicht in der Situation sei, so großzügig mit Geld umgehen zu können. Aus diesem Grund appellierte er daran, diesen Antrag abzulehnen, da noch nicht einmal klar sei, wie viel Geld für die Veranstaltung ausgegeben werden soll.

Herr Kley, FDP-Fraktion, stellte zur Frage der Ausgaben für den Hansetag dar, dass dies in den Kommunen sehr unterschiedlich dargestellt wurde. In manchen Städten wurde für 400.000 Euro Gesamtkosten der Hansetag ausgerichtet und andere Kommunen haben 1,5 Mio. Euro insgesamt dafür aufgewandt.

Er führte aus, dass beispielsweise der Markt, der für den Hansetag ausgerichtet werden soll, sich aus den Mieten der Händler und aus den Einnahmen, die dort aus den verschiedenen Konzessionen gezogen werden, finanziere.

Die größte Ausgabe, die bei der Kommune verbleibe, sei die Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Im Gegensatz zu Salzwedel habe man im Rathaus die Kompetenz im Rahmen eines Dienstleistungszentrums Veranstaltungen, einen Hansetag kommunikativ wie auch organisatorisch zu begleiten. Damit könne man auch bei diesem Etatposten von Null ausgehen.

Damit verblieben nur noch die Druckerzeugnisse, die gebraucht werden, um den Hansetag zu bewerben, welche die Stadt über die Wirtschaftsförderung finanzieren könne und kleinere Kosten für Absperrungen und den Umzug und ähnliches.

In Bezug auf die finanziellen Mittel wies **Herr Kley** noch darauf hin, wie schnell es möglich gewesen sei, für 67.000 Euro den Markt zu begrünen. Das wäre schon fast eine Drittelfinanzierung dessen, was am Ende für den Hansetag gebraucht werde und der Effekt sei ungleich höher.

Unternehmen aus Halle, die sich an den Hansetagen beteiligen haben neue Handelsbeziehungen und die daraus entstehenden Einnahmen kommen auch der Stadt zugute. Mit den eingenommenen Steuern kann die Infrastruktur bezahlt werden, Arbeitsplätze bleiben erhalten und die Bürger haben wieder finanzielle Mittel, so dass sich beispielsweise auch der Anteil der Kosten der Unterkunft verringert.

Wirtschaftsfördernde Maßnahmen wie der Hansetag sind keine Feierlichkeit, es ginge darum Netzwerke zu schaffen und möglicherweise auch andere Flächen zu besiedeln. Die städtische Wirtschaftsförderung gibt dafür Geld aus, die Stadt bekannt zu machen. Dieses Ereignis sollte der Stadt nicht verloren gehen.

Bezüglich der Finanzierung habe man Vorschläge unterbreitet. Nach Einschätzung aller, hat die Veranstaltung einen 10 bis 17fachen Benefiz für die, die in dieser Stadt arbeiten. Selten habe man bei Anträgen einen derartigen Vorteil, so dass im Sinne der Kommune über diesen Antrag entschieden werden soll.

Er erinnerte an den Punkt 1 der 11 Gebote der Verwaltung, wonach Traditionen gepflegt und das Image der Stadt gefördert werden soll.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte zu den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim bezüglich des Streichens des zweiten Satzes im Beschlusstext an, dass der Satz aus dem Grund herausgenommen wurde, da es technisch nicht ginge, eine Summe anzusparen. Es solle damit nicht verschwiegen werden, dass die Veranstaltung mit Kosten verbunden sei. Man könne jetzt auch noch nicht wissen, wie viel Nutzen eine solche Veranstaltung der Stadt bringen wird und deshalb könne nicht von Verantwortungslosigkeit gesprochen werden.

Dazu stellte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fest, dass man sich schon konstruktiv mit diesem Thema auseinandergesetzt hätte.

An Herrn Kley gewandt führte er aus, dass mit diesem Antrag die Hanse und die Mitgliedschaft bei der Hanse beschädigt werde, da der Antrag keinerlei Konkretheit zeige. Das einzige, was konkret darin war, war die Summe der Aufwendungen. Und dieser Punkt wurde jetzt gestrichen.

Er wies weiter darauf hin, dass hier ein Vollzugsantrag gemacht werde, mit der Beauftragung des Oberbürgermeisters zur Ausrichtung des Festes ohne Geld.

Herr Wolter erklärte abschließend, dass es aus seiner Sicht gefährlich ist einen Antrag ohne finanzieller, struktureller und konzeptioneller Art zu beschließen. Die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM wird diesen Antrag ablehnen.

An Herrn Feigl gerichtet führte **Herr Krause** aus, dass man den Antrag nicht ohne weiteres zurückziehen könne, da die Bewerbungsfrist im Juni ausläuft.

Und er finde es schon interessant, dass eine Stadt wie Magdeburg, die überhaupt keine Tradition mit der Hanse habe, sich sofort gemeldet hat. Dort wurde schon erkannt, was für Potential hinter einer solchen Veranstaltung stecke.

Er brachte weiterhin zum Ausdruck, dass man sich zu diesem Ereignis bekennen sollte und die Verwaltung könne dann ein ordentliches Konzept ausarbeiten und die Kosten könnten gesteuert werden. Und in der verbleibenden Zeit sollte man versuchen, die Gewerbetreibenden und die hallesche Wirtschaft anzusprechen und anfragt, ob sie sich mit Sponsoring und eigenen Beiträgen daran beteiligen.

Zu den vorgebrachten Bedenken von Herrn Dr. Meerheim äußerte **Herr Krause**, dass er diese auch teile, aber sie ursächlich nichts damit zu tun hätten, wenn man erst einmal darauf aus sei, eine Fremdfinanzierung zu finden. Und dazu wären dann fast drei Jahre Zeit.

Herr Krause erinnerte daran, dass es immer zur Unzeit käme, ein solches Ereignis zu planen. Das Geld wäre immer nicht da, auch in zehn oder zwanzig Jahren nicht. Dann wäre auch das Stadion nicht gebaut worden, wenn man sich nicht dazu bekannt hätte.

Und wenn einmal ein Konzept erstellt wird, was Begeisterung auslöst bei denen, die auch Geld geben sollen, dann könne ein Sog erzeugt werden, wo auch die Bevölkerung mitmacht.

Bezug nehmend auf die negative Stellungnahme der Verwaltung und eine eventuelle Zustimmung des Rates zum Antrag, fragte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, den Oberbürgermeister, wie er dann als Stadtoberhaupt in Herford eine Entscheidung herbeiführen und dafür kämpfen wolle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Stadtverwaltung immer die Beschlüsse des Stadtrates ausführen werde, es sei denn, sie seien rechtswidrig.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, bekannte sich ausdrücklich als Freund der Hansefeste. Er gab aber zu bedenken, dass angesichts dieser Vorlage keine Vorfreude aufkomme. Er stimmte den Ausführungen von Herrn Wolter zu. Wenn es den Antragstellern so wichtig wäre, hätte man vielleicht schon zu den Höhepunkten konzeptionell etwas aufschreiben können.

Zurzeit stelle es sich für ihn wie in einigen Bauausschüssen dar: Erst ein Grundsatzbeschluss mit minimalem Angebot fassen und dann kämen die Nachträge.

Herr Feigl machte noch einmal deutlich, dass der vorliegende Beschluss ohne Inhalt sei und die von Herrn Kley vorgetragene Finanzierung so lückenhaft wäre, dass dies nicht zur Argumentation beitragen würde.

Wenn bekannt sei, wie eine Finanzierung erfolgen könne, wie die Kosten sich darstellen und wie ein Programm aussehen soll, hätte man dies der Vorlage beifügen können, denn zu einer ordentlichen Antragstellung gehöre auch ein Grundkonzept dazu.

Herr Feigl wies weiter darauf hin, dass jeder gemeinnützige Verein, der an einen Fördermittelgeber herantrete, um Geld für eine Veranstaltung zu bekommen, ein Konzept und eine Finanzierung vorweisen müsse und dies fehle in diesem Antrag. Auch aus diesem Grund könne diesem Antrag nicht zugestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

29 Ja-Stimmen

23 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich auf dem Internationalen Hansetag 2013 in Herford um die Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 zu bewerben.

~~Die Mittel zur Ausrichtung des Hansetages in Höhe von ca. 500.000 € sind in den HH-Jahren 2015 bis 2019 anzusparen.~~

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies abschließend darauf hin, dass er nicht in ein Bewerbungsverfahren gehen werde, wenn die Finanzierung nicht gesichert sei. Denn auch in den nächsten Jahren werde man sich in der Konsolidierung befinden und alle freien Mittel müssen dieser zugeführt werden.

Er knüpfte an die Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim an und brachte zum Ausdruck, dass es auch in den nächsten Jahren überhaupt keinen finanziellen Spielraum gäbe und er eine zusätzliche neue freiwillige Leistung nicht bestätigen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand kündige deshalb an, dass er Widerspruch gegen den Beschluss einlegen werde, da die Entscheidung rechtswidrig sei.

Herr Kley bat Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand um die Nennung der Stelle in der Gemeindeordnung, aus der die Rechtswidrigkeit des Beschlusses hervorgehe.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrats, wies darauf hin, dass keine weitere Erklärung des Oberbürgermeisters mehr erfolgen wird.

Abschließend bat **Herr Krause** um die rechtliche Würdigung des Widerspruchs, bevor die Bewerbungsfrist für den Hansetag ablaufe.

**zu 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder
Vorlage: V/2013/11545**

Zum Antrag führte **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, aus, dass man den Kinderunfallbericht 2012 zum Anlass genommen habe, zu prüfen, ob man nicht die Maßnahmen, die evtl. zu mehr Verkehrssicherheit für Kinder in Halle (Saale) führen,

irgendwie bündeln könnte. Die Unfallkommission habe zwar ihre Analysen zu den Einzelunfällen dargestellt und die Verkehrswacht ihr Konzept, gleichwohl wolle ihre Fraktion beantragen, dass die Stadtverwaltung ein Konzept mit einzelnen Maßnahmen dazu erstellt.

In der Stellungnahme der Verwaltung sei der Antrag positiv beschieden, jedoch mit der Maßgabe, dass jährlich über die Maßnahmen berichtet werde. Der Fraktionsantrag gehe aber so weit, dass ein Konzept erstellt werden soll, besonders auch zur Verkehrserziehung, um die Situation zu verbessern. Dabei sei die Überlegung, mit dem Land zusammenzuarbeiten, sehr sinnvoll.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse des Kinderunfallatlas 2012 der Bundesanstalt für Straßenwesen für die Stadt Halle und deren Ursachen zu analysieren und dem Stadtrat bis zur Sitzung im September 2013 ein Konzept zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder mit konkreten Vorschlägen für entsprechende Maßnahmen vorzulegen.

**zu 7.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien Verbindung von Steintor-Campus und Steintor-Platz
Vorlage: V/2013/11546**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass es eine Selbstverständlichkeit sein sollte, überwiegend öffentlich genutzte Bauten barrierefrei zu bauen.

Die neue Steintor-Passage, die ein privater Bauherr in enger Abstimmung mit der Universität zur Anbindung des neuen Campus bauen wolle, müsse auch diese Anforderung erfüllen. In den ersten Entwürfen sei ein Fahrstuhl erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen gewesen und dies könne so nicht hingenommen werden. Auch wenn es weitere Planungen gibt und das Bemühen, eventuell eine Rampe in den Bereich einzuordnen, bat er im Namen seiner Fraktion um Zustimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich in Kooperation mit dem privaten Bauherren dafür einzusetzen, dass für die neu geplanten Steintorpassage ein Aufzug als eine möglichst direkte behindertengerechte Verbindung zwischen neuem Steintor-Campus der Martin-Luther-Universität und dem im Rahmen des Stadtbahn-Programms umzugestaltenden Steintor-Platzes realisiert wird. Dabei sind auch die langfristig anfallenden Kosten für unterbrechungsfreien Betrieb, Unterhalt und Wartung von vorneherein konzeptionell zu berücksichtigen.

**zu 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Rockstation-Kultur e.V.
Vorlage: V/2013/11547**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte dazu an, dass es die im Antrag geforderten Gespräche und ernsthaften Verhandlungen zwischen der Stadt und der „Rockstation-Kultur e.V.“ inzwischen schon gebe. Aus diesem Grund werde der Antrag von seiner Fraktion zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Verein „Rockstation-Kultur e.V.“ bei der Suche nach einem Ausweichobjekt für bisher genutzte Räumlichkeiten in der Hafestraße in Halle unterstützt werden kann. Insbesondere ist dabei zu untersuchen, ob dem Verein ein geeignetes städtisches Objekt zu angemessenen Konditionen zur Verfügung gestellt werden kann.

**zu 7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte, dass der Antrag in allen Fachausschüssen behandelt wurde.

Sie gab die Erläuterung, dass moderne Sozialplanung eine Steuerungsunterstützung innerhalb der kommunalen Verwaltung sei und nicht nur die klassische Sozialplanung umfasse, sondern auch sozialraumorientierte Projektplanung, Planungsvorhaben, Bebauung u. a. und nicht nur die Stadtverwaltung und der Stadtrat seien daran beteiligt, sondern es könnten auch Wohnungsgenossenschaften und Planer daran beteiligt werden, ebenso wie Bürgerinnen und Bürger. Dies entspreche auch dem, was in den 11 Geboten der Stadtverwaltung herausgegeben wurde und die positiven Ergebnisse könnten dann vielleicht irgendwann auch im doppischen Haushalt nachgelesen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Frau Wolff zu und ergänzte, dass damit ermöglicht werde, viele Doppelleistungen zu erkennen, herauszuarbeiten und sie effektiver zu steuern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Konzeption zur strategischen Sozialplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zur Aufstellung des doppischen Haushalts 2014 vorzulegen. Die Konzeption soll die ganzheitliche Betrachtung sozialstruktureller Belange umfassen und neben der Evaluation der Bestandsdaten einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen enthalten sowie die Zielperspektive darstellen.

2. Die Erstellung der Konzeption soll unter Mitwirkung aller Dezernate, Vertretern des Stadtrates, Vereine und Verbände sowie der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle (Saale) erfolgen.
3. Ziele und Handlungsempfehlungen werden regelmäßig fortgeschrieben.
4. **Die Ziele und Handlungsempfehlungen werden als Grundlage für eine bedarfsorientierte Vergabe von Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit herangezogen.**

zu 8 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Personalentwicklung** **Vorlage: V/2013/11726**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte an, dass dieser Antrag in der jetzt vorliegenden Form versehentlich und zu früh in Session eingestellt wurde. Er verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Finanzausschuss.

Er fügte hinzu, dass es schon die Intention seiner Fraktion gäbe, im Personalbereich effizienter zu arbeiten und sparsamer zu werden. Aus diesem Grund wolle man im Finanzausschuss darüber beraten und vortragen, dass eine dezidierte Aufgabenkritik gemacht wird und alle Stellen, die jetzt noch nicht besetzt sind, konkret hinterfragt werden müssen, ob diese wieder zu besetzen sind.

Herr Bönisch wies weiter darauf hin, dass man zwar nicht beurteilen könne, warum die Personalkosten in Jena pro Kopf der Bevölkerung um weniger als 20 % unter den Kosten in Halle liegen, aber es wäre darüber nachzudenken und dies wolle man mit diesem Antrag erreichen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass die Verwaltung seit ca. 1,5 Monaten dabei sei, die Aufgabenkritik durchzuführen und begrüßte den Antrag der CDU-Fraktion. In der Verwaltung habe es schon mehrere Tagungen dazu gegeben. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bot ausdrücklich an, in gemeinsamen Schritten vorzugehen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, führte dazu aus, dass er der Verweisung des Antrages zustimme, denn es müsse zuerst eine Aufgabenkritik gemacht werden, ehe über die Nichtbesetzung von Stellen gesprochen werden kann. Er hoffe, dass im Finanzausschuss inhaltlich an dem Antrag gearbeitet werde und ein vernünftiges Ergebnis dargestellt werden kann.

Da die Stadtverwaltung auch schon eigene Vorstellungen in der Bearbeitung hat, sollten diese auch mit vorgestellt werden und in den Antrag einfließen.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass ihre Fraktion eine Anfrage zu den Fachkonzepten gestellt habe, die auch Grundlage solcher Überlegungen und Personalplanung für den Stadtrat sein könnte.

Dazu gäbe es aber die Aussage, dass die für 2012 vorgesehenen Fachkonzepte nicht abstimmungsreif seien und dies zukünftig der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters unterliege. Insofern fragte sie an, wie sich die Stellenplanung des Stadtrats mit der Aufgabenkritik für die Stadtratsarbeit verzahnt.

Desweiteren merkte sie an, dass es auch Bereiche in der Verwaltung gäbe, wo die Aufgabenkritik dazu führen würde, dass noch zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen. Sie erinnerte dabei an den Allgemeinen sozialen Dienst im Jugendamt, wo es die Erkenntnis gäbe, dass dort eine Unterbesetzung mit Stellen vorhanden ist. Dies müsste auch mit berücksichtigt werden, um die Aufgaben entsprechend erfüllen zu können.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte seine Zufriedenheit über die Beratung des Antrages im Finanzausschuss. In Bezug auf die Anmerkungen des Oberbürgermeisters fragte er, ob er richtig verstanden habe, dass die Verwaltung eine abstimmungsreife Form präsentieren wolle, was er als kontraproduktiv werten würde. Er habe den Antrag so verstanden, dass man gemeinsam über Aufgabenkritik oder über die Art und Weise dessen sprechen werde.

Dazu führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass man sich natürlich über Abläufe unterhalten müsse. Entscheidend sei aber, wie bestimmte Arbeitsprozesse und Arbeitswege innerhalb der Verwaltung gesteuert werden. Da würde sich entscheiden, wie viel Mitarbeiter nötig sind. Dies sollte damit dargestellt werden.

Er wies weiter darauf hin, dass die Arbeitsabläufe ausschließlich der Oberbürgermeister bestimme. Mit welchen Stellen dies gemacht werde, sollte aber gemeinsam mit den Stadträten diskutiert werden. Es sei auch zu überlegen, wie innerhalb der Verwaltung für bestimmte Schwerpunkte Personal umgesteuert werden kann.

In Bezug auf die Fachkonzepte teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass diese teilweise sehr veraltet seien und nicht mehr den aktuellen Arbeitsstrom abbilden würden. Fachkonzepte werde es in der bekannten Form nicht mehr geben.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass die Fachkonzepte eine gute Handlungsgrundlage darstellten, welche mit den Gewerkschaften und den Stadträten im Lenkungsausschuss diskutiert worden sind. Damit sei auch Transparenz hergestellt worden.

Herr Krause merkte dazu weiter an, dass es zwar in den letzten zwölf Monaten aus den unterschiedlichsten Gründen eine totale Blockade in der Verwaltung zu den Fachkonzepten gegeben habe, aber dies nicht im Umkehrschluss bedeute, dass der Weg falsch war.

Den Ausführungen von Herrn Wolter stimmte **Herr Krause** zu, der eine Vorlage durch die Verwaltung ohne vorherige Diskussion mit den Stadträten ablehnte. Er bat um eine fachbereichsbezogene Diskussion zu diesem Thema, auch um Detailnachfragen nachvollziehen zu können.

Aus diesem Grund regte er an, das Verfahren genauer zu reflektieren, an welcher Stelle die Stadträte und auch Sozialpartner, wie der Personalrat und die Gewerkschaften, in die Diskussion mit einbezogen werden können. Dies wäre eine Möglichkeit, Transparenz sehr frühzeitig herzustellen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Krause zu.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

1. *Nicht besetzte Stellen des Stellenplans 2013 werden gestrichen.*
2. *Die Stadtverwaltung unterbreitet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Modelle zur vorzeitigen Altersteilzeit- und vorgezogenem Renteneinstieg bzw. Abfindungsregelungen für den Ausstieg aus der Verwaltung. Ziel soll ein sozialverträglicher Stellenabbau sein.*
 - 2.1. *Die Stadtverwaltung verhandelt mit dem Landesverwaltungsamt über einen Finanzierungsweg. Ziel ist die Verwendung des VNG-Erlöses.*
 - 2.2. *Die damit zusätzlich nicht besetzten Stellen werden ebenfalls aus dem Stellenplan gestrichen.*
3. *Die Verwaltung führt parallel eine Aufgabenkritik durch und passt den Personalbedarf an.*

**zu 8.2 Antrag der Stadträte Raik Müller und Roland Hildebrandt (beide CDU-Stadtratsfraktion) zum Bauabschnitt Böllberger Weg Nord
Vorlage: V/2013/11734**

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, erklärte, dass die Antragsteller zwar eine erfolgreiche Umsetzung des Stadtplanprogramms wollen, es sich aber bei dem jetzigen Teil zum Maßnahmenprojekt Nord einige Konfliktstellen ergeben haben. In Anbetracht dessen, was für eine zukünftige Benutzung in dem Bereich stattfinden soll, stelle sich die Frage, ob man dort nicht zu überdimensioniert an die Planung herangehe.

Aus diesem Grund wollen sie einen stadtentwicklungspolitischen Diskussionsbeitrag zu diesem Thema einbringen, mit der Prüfung einer einspurigen Verkehrsführung im Bauabschnitt Böllberger Weg.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterstützte die Intentionen des Antrages ausdrücklich und erklärte, dass er sich im Planungsausschuss mehrfach bemüht habe, Informationen zum Sachstand der Planung an der Ecke Torstraße/Böllberger Weg und den Verbleib oder Nichtverbleib des Künstlerhauses 188 zu bekommen.

Der Verweisung in den Planungsausschuss stimme er ausdrücklich zu, damit endlich eine Diskussion dazu geführt wird und man frühzeitig über die Sachlagen diskutiert und nicht erst, wenn eine Vorzugsvariante durch die Stadtverwaltung vorgelegt werde. Die Fachausschüsse sollten dazu genutzt werden, um sich intensiv schon in einem frühen Planungsstand mit der Sache auseinanderzusetzen.

Hinsichtlich seiner Anfrage im letzten Planungsausschuss zur Vorstellung der Planung in der Junisitzung, forderte **Herr Feigl** die Verwaltung auf, den CDU-Antrag sowie seine Anfrage auch wirklich im Planungsausschuss Juni zu behandeln.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, merkte dazu an, dass zu diesem Thema im Planungsausschuss ein HAVAG-Vertreter anwesend sein sollte, um die offenen Fragen zu einer eventuellen einspurigen Verkehrsführung zu klären. Zudem müsse auch eine Verträglichkeit mit dem Stadtbahnprogramm dargelegt werden.

Aus den vorgenannten Gründen und um die Inhalte abzuklären verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Antrag in den Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung plant für den Bauabschnitt Böllberger Weg Nord – Abschnitt Torstraße/Ecke Böllberger Weg bis Haltestelle Ludwigstraße – mit einer einspurigen Straßenbahnführung und dem Verzicht auf Straßenbegleitgrün.*
2. *Die entsprechenden Vorgaben sind im Gestaltungs- und Baubeschluss zu berücksichtigen.*

**zu 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Analyse zur Vergabe von Leih- und Zeitarbeit in der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben und den großen Beteiligungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11703**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Analyse zur Vergabe von Leih- und Zeitarbeit in der Stadtverwaltung, den Stadtwerken Halle und deren Tochterunternehmen, den kommunalen Wohnungsgesellschaften, den Eigenbetrieben der Stadt Halle (Saale), der Theater, Oper und Orchester GmbH und der Zoologischen Garten Halle GmbH in den Jahren 2011, 2012 und bis zum Stichtag 31.03.2013 erarbeiten zu lassen und dem Stadtrat als Informationsvorlage zum 30.10.2013 vorzulegen.
2. Hierbei soll der Einsatz von Leih- und ZeitarbeiterInnen schwerpunktmäßig nach folgenden Kriterien detailliert analysiert und aufgegliedert werden:
 - Wo sind/ waren wie viele Menschen in welchem Zeitraum für welches Projekt bzw. Maßnahme in den o.g. Unternehmen bzw. Eigenbetrieben beschäftigt?
 - Was ist der Grund des Einsatzes, und welche Alternativen gäbe es?
 - Unterliegen die Vergütungs- und Arbeitsbedingungen dieser Leiharbeit- und ZeitarbeiterInnen einem gültigen Tarifvertrag? Wenn ja, welchem und wird dieser von der Stadtverwaltung bzw. den Unternehmen oder Eigenbetrieben als zutreffend (entsprechend der Tätigkeit) und auskömmlich angesehen?
 - Nach welchen tarifvertraglichen Vergütungsgruppen des Öffentlichen Dienstes bzw. welchen Besoldungsgruppen wären diese ArbeitnehmerInnen zuzuordnen, wenn sie unmittelbar bei der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben oder bei den

Beteiligungen eingestellt wären? Welche konkreten Gehaltsunterschiede ergeben sich dadurch für die Beschäftigten?

- Wie wird bei der Vergabe von Leiharbeit durch die Stadtverwaltung und den o.g. Unternehmen bzw. Eigenbetriebe auf Leiharbeitsfirmen Einfluss genommen, dass die Entlohnung dem von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohn entspricht?

**zu 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: V/2013/11697**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Herr Karl-Heinz Gärtner scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Rechnungsprüfungsausschuss aus.

Herr Dirk Gernhardt wird als sachkundiger Einwohner in den Rechnungsprüfungsausschuss berufen.

**zu 8.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Beleuchtungsvertrag
Vorlage: V/2013/11720**

Herr Kley, FDP-Fraktion, bezog sich auf die Auskunft der Verwaltung bezüglich der Ausleuchtung der Martinstraße und erklärte, dass der Antrag eigentlich zurückgezogen werden müsste, denn laut Antwort der Verwaltung wurde der Beleuchtungsvertrag ordnungsgemäß umgesetzt.

Da aber die Grundintention war, die Martinstraße als direkte Verbindungsstraße zwischen Innenstadt und Charlottencenter nachts auch ordentlich zu beleuchten, verwies er im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten, um dort eine prinzipielle Diskussion dazu zu führen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf darauf einzuwirken, dass der Beleuchtungsvertrag auch in der Martinstraße erfüllt wird.

zu 8.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Völkerschlacht 1813
Vorlage: V/2013/11721

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Verwaltung dem Antrag zustimmen wolle.

Er verwies auf den bedauernswerten Zustand des Denkmals und erklärte die Intention des Antrages dahingehend, dass man dort wieder pflegerisch tätig werden sollte, um künftig an dieser Stelle jenem Ereignis gedenken zu können. Seine Fraktion gehe davon aus, dass es gemeinsam gelingt, Renovierungsgedanken umzusetzen und dass zunächst einmal ein Konzept dafür erarbeitet wird.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass darüber noch einmal kulturell und vor dem geschichtlichen Hintergrund des Denkmals diskutiert werden müsste. Aus diesem Grund verwies sie den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Kulturausschuss.

Herr Hildebrand, CDU-Fraktion, erinnerte daran, dass es in Büschdorf ein weiteres Denkmal zur Erinnerung an die Völkerschlacht gebe, welches sich ebenfalls nicht in einem optimalen Zustand befindet. Er bat darum, dies auch zu berücksichtigen

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, eine Konzeption für die Restauration des Völkerschlachtdenkmals sowie seines Umfeldes auf der halleschen Würfelwiese zu erstellen.

zu 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verschmelzung von HWG und GWG
Vorlage: V/2013/11723

Herr Kley, FDP-Fraktion, berichtete, dass es seit der Gründung der zwei Wohnungsgesellschaften immer wieder die Diskussion gab, ob es nicht sinnvoll wäre, sie zu vereinen. Bis vor wenigen Jahren habe das Steuerrecht dagegen gestanden, welches hohe Kosten für den gemeinsamen gesellschaftlichen Zusammenschluss implizierte.

Die Diskussion in der Öffentlichkeit im Moment beziehe sich darauf, dass es möglich wäre, aus den Wohnungsgesellschaften mehr Gewinn zu ziehen. Dies sei nicht die Intention des Antrages. Vielmehr ziele sie auf das gegenwärtige Handeln der Geschäftspolitik zum Beispiel der GWG, dass Gebäude anderer Gesellschaften oder Eigentümer aufgekauft werden, um sie instandzusetzen und zu renovieren. Gleichzeitig habe die HWG, die der Stadt gehört, eine ganze Reihe von Gebäuden im Bestand, die eigentlich dringend einer Instandsetzung oder Renovierung bedürfen, wo aber im Moment das Geld fehlt.

Er fragte an, warum man nicht die Mittel der GWG, die sinnvoll und gewinnbringend angelegt werden, bei der eigenen Gesellschaft verwendet und städtische Gebäude saniert, anstatt fremdes Eigentum zu erwerben und dieses zu sanieren.

Offensichtlich sei es bisher nicht gelungen, zwischen diesen beiden Wohnungsgesellschaften ein gemeinsames Vorgehen zu beschließen.

Mit dem Antrag soll über eine Fusion nachgedacht werden, um künftig Investitionen in eigenes Hab und Gut zu befördern und um künftig mehr zu tun für die Bürger. Dies sei besser als zusätzlich in Konkurrenz zu treten.

Herr Kley wies weiter darauf hin, dass in dem Antrag nicht gefordert werde, dass die beiden Gesellschaften sofort fusionieren. Vielmehr solle die Verwaltung prüfen. Käme am Ende der Prüfung heraus, dass es nicht gehe, dann werde man dies zur Kenntnis nehmen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, erklärte, dass das Anliegen von Herrn Kley auch ohne Prüfung zu regeln sei. Sie verwies darauf, dass schon 2010 mögliche Formen einer gesellschaftsrechtlichen Verschmelzung oder Zusammenarbeit der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen von der BMA untersucht wurde. Im Ergebnis dieser Untersuchung wurde festgestellt, dass gerade die Existenz zweier Wohnungsgesellschaften zu überdurchschnittlich guten betriebswirtschaftlichen Ergebnissen und Stadtumbauleistungen geführt hat. Beide Unternehmen hätten sich angestrengt, hohe Konsolidierungsbeiträge abzuführen und das Gesicht der Stadt positiv zu verändern.

Durch die BMA wurde weiterhin festgestellt, dass die Effekte einer Strukturveränderung von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung seien und bei einer Änderung hohe Reibungsverluste und das Scheitern der Umsetzung als Risikofaktoren gesehen werden.

Entgegen der Meinung der Antragsteller würden eindeutig die Nachteile überwiegen. Es müsste ein steuerliches Gutachten eingeholt werden, da es unterschiedliche Auffassungen zur jetzigen Situation gäbe, weil nicht sicher sei, dass keine Grunderwerbssteuer gezahlt werden müsse.

Im Namen ihrer Fraktion führte **Frau Ewert** aus, dass sie einem Prüfauftrag nicht zustimmen werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, stimmte Frau Ewert zu, dass es vor drei Jahren schon einmal eine solche Prüfung gegeben habe wie auch schon in den Jahren davor.

Seine Fraktion werde den Antrag in den Finanzausschuss verweisen, auch um festzustellen, wer die Prüfung vornehmen soll und mit welchen eventuellen Kosten dafür zu rechnen ist.

Er werde auch Vertreter der BMA in dem Finanzausschuss einladen, damit das damalige Gutachten noch einmal vorgestellt werden kann.

Abschließend stellte **Herr Dr. Meerheim** fest, dass das Thema nicht neu sei und es entweder endgültig beendet werden sollte oder man müsse mit der Mehrheit im Rat Schritte gehen, die dann auch zu beschließen sind.

In Bezug auf den Prüfauftrag und die in der Stellungnahme der Verwaltung gemachte Zustimmung dazu fragte **Herr Misch, CDU-Fraktion**, nach, ob Herrn Oberbürgermeister die Ergebnisse aller bereits vorangegangenen Prüfung bekannt seien. Denn aus seiner Sicht wäre es richtiger gewesen, die schon vorliegenden Unterlagen zu prüfen und zu entscheiden, ob es Veränderungen gegeben hat und erst dann eine erneute Prüfung zu empfehlen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
**Ausschuss für Finanzen,
städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, die Verschmelzung der HWG - Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH und GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH zu prüfen.

**zu 8.8 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung des Zustands der Hochstraße
Vorlage: V/2013/11710**

Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass sich die Hochstraße in keinem guten Zustand befindet und in Zukunft eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen notwendig sein werden.

Der Sinn des Antrages sei es, jetzt den Zustand der Hochstraße zu prüfen, die Kosten zu ermitteln, die Restlebensdauer festzulegen und am Ende des Prüfungsprozesses zu entscheiden, wie künftig mit der Hochstraße umgegangen werden soll. Das Ergebnis der Prüfung sollte veröffentlicht und die Diskussion mit diesem Ergebnis weitergeführt werden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte, dass seine Fraktion die Empfehlung der Stadtverwaltung aufgenommen hat und den Antrag in den Vergabeausschuss verweist.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, dass der Antrag durch die SPD-Fraktion auch in den Planungsausschuss verwiesen wurde.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion
MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
**Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten
und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF**
und
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den aktuellen Bauzustand, die real noch erwartbare Nutzungsdauer und daraus resultierende Sanierungsnotwendigkeiten des Hochstraßenkomplexes (Abschnitt östlich beginnend von der Franckestraße bis Glauchaer Platz und Abschnitt Glauchaer Platz bis westlich des Rennbahnkreuzes einschließlich aller verkehrswirksamer Nebenanlagen wie Rampen, Auffahrten u.ä.) umfassend gutachterlich bestimmen zu lassen. Dabei sollen insbesondere die Probleme*

sich vermindender Beton- und Stahlqualität („Carbonatisierung“ und Sprödbruchgefährdung) fachlich angemessen untersucht werden.

2. Dieses Gutachten wird unverzüglich nach Fertigstellung veröffentlicht.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Basis dieses Gutachtens dem Stadtrat ergebnisoffene Variantenvergleiche (gleichzeitige Sanierung beider Brücken, modulare Sanierung erst der Nord- und dann der Südbrücke, Sanierung jeweils nur der Nord- oder der Südbrücke) für den planerischen, baulichen und finanziellen Aufwand der anstehenden Unterhaltungsmaßnahmen vorzulegen.
4. Weiterhin soll parallel ein Finanzierungskonzept erarbeitet werden, damit die benötigten Mittel spätestens in den Haushaltsplan 2015 eingestellt werden können.

zu 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen Vorlage: V/2013/11701

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte fest, dass die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag nicht befriedigend sei. Er verwies darauf, dass andere Städte durchaus in der Lage wären, die Hauptverkehrsrouen für Fahrradfahrer auch im Winter zu beräumen.

Der Winterdienst auf Radwegen stelle einen kleinen Schritt dar, um den den Radverkehr zu fördern. Dies sei auch eine Voraussetzung, um letztendlich die Hochstraße in Frage zu stellen und vielleicht auch die Umweltzone wieder abzuschaffen, weil die Luftqualität sich verbessert hat. Ebenso müssten weniger Mittel für Straßeninstandsetzungsmaßnahmen ausgegeben werden, weil weniger motorisierter Verkehr auf den Straßen unterwegs sei und die Straßen weniger schädige. Aus diesen Gründen könne er die Antwort der Stadtverwaltung in keine Weise nachvollziehen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stellte dazu fest, dass es in der Stadt schon nicht geschafft werde, den Winterdienst auf den Straßen oder auf den Fußwegen vor Altenheimen, Schulen u.a. ordnungsgemäß auszuführen. Vor diesem Hintergrund halte er es für schwierig, zusätzlich noch die Radwege in das Konzept zum Winterdienst aufzunehmen. Es müsse dann auch überlegt werden, wo der Schnee hingebracht werden soll.

Im Namen seiner Fraktion bat er um eine getrennte Abstimmung des Antrages und damit als ersten Schritt für die Erstellung eines Konzeptes. Dazu regte er an, dass auch darüber nachgedacht werden müsse, dass der Splitt, der zum Streuen ausgebracht wird, rechtzeitig wieder von den Radwegen entfernt wird, da dies sonst eine sehr große Unfallgefahr darstelle.

Herr Kley, FDP-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass es ein löbliches Ansinnen sei, die Radwege auch im Winter zu beräumen. Er glaube aber nicht, dass dieser Antrag eine Chance auf Umsetzung habe, da es schon die Schwierigkeit gebe, die Straßen und Fußwege im Winter vom Schnee zu räumen.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und er führte aus, dass es nicht durchsetzbar sei, Radwege komplett zu reinigen. Damit kämen die Radfahrer immer in die Situation, dass sie dann auf die Straße ausweichen müssten.

Aus diesem Grund sei von vornherein die Befahrung der geräumten Hauptstraßen sicherer und es sollte angestrebt werden, erst nach der Schnee- und Tauzeit die Radwege zu reinigen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, bedankte sich bei der Verwaltung für die objektive Stellungnahme und Begründung für die Ablehnung des Antrages und erinnerte daran, dass die Straßenreinigungssatzung bestimmte Straßen in das Reinigungsprogramm des Winterdienstes vorgesehen hat und eine Ausweitung dessen zu einer Kostensteigerung führen würde, die nicht gedeckt werden könne.

Auch **Herr Krause, SPD-Fraktion**, lehnte im Namen seiner Fraktion den Antrag ab, da dies eine zusätzliche freiwillige Aufgabe darstelle.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. *im nächsten Winter zu gewährleisten, dass entsprechend der bestehenden Vorschriften der Straßenreinigungssatzung zur Fahrbahn gehörende Radwege bei der Durchführung der Winterdienstarbeiten angemessen berücksichtigt werden.*
2. *ein Konzept zur Verbesserung des Winterdienstes für Radwege in der Stadt Halle zu erarbeiten. Das Konzept soll eine Analyse der Ausgangssituation und einen Maßnahmenplan zur stufenweisen Verbesserung der Bedingungen auf wichtigen Hauptrouten enthalten sowie die Voraussetzungen für die Umsetzung aufzeigen (Kosten, Technik, notwendige Anpassungen der Straßenreinigungssatzung und des Vertrages über die Durchführung des Winterdienstes). Das Konzept ist bis Oktober 2013 vorzulegen.*

**zu 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia Theaters
Vorlage: V/2013/11705**

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zeigte sich überrascht darüber, dass der Antrag gestellt worden ist, da im Kulturausschuss der Verein Bude e.V. zur Anhörung war und im Konsens ein Verfahren besprochen wurde, dass als nächstes der Trägerverein des Thalia eingeladen werde. Es soll besprochen werden, welche Möglichkeiten für eine räumliche Nutzung bestehen und welche finanzielle Unterstützung geleistet werden kann.

Sie bat darum, dass bei Verweisung des Antrages in den Kulturausschuss, dieser im Zusammenhang mit der Vorstellung des Trägervereins behandelt werde und dass er auch zusätzlich noch in den Finanzausschuss verwiesen wird.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte den Ausführungen von Frau Dr. Bergner zu, dass der Antrag zusammen mit der Anhörung des Trägervereins besprochen werden soll. Der Sinn des Antrages sei die Beauftragung der Stadtverwaltung als Vermittlerin. Es gebe auch einen Unterschied zwischen einer Anhörung und einem offenen Gespräch im Kulturausschuss sowie einem Beschluss.

Unverständnis für den Antrag äußerte **Herr Kley, FDP-Fraktion**. Er verwies darauf, dass es sich um einen privaten Verein handelt und er könne nicht nachvollziehen, warum es eines Beschlusses des Stadtrates bedarf, damit Verein und Eigentümer der Räumlichkeiten eine Einigung erzielen. Es sei denn, so führte **Herr Kley** weiter aus, es werde durch die einreichende Fraktion gewünscht, dass zusätzliche Fördertatbestände durch die Stadt eröffnet werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Kulturausschuss
und
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
**in den Ausschuss für Finanzen,
städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den Vereinen Freunde des Thalia Theater e.V. und dem Bude e.V. aufzunehmen, um eine einvernehmliche Lösung für die kontinuierliche Nutzung bestimmter Räumlichkeiten der ehemaligen Spielstätte des Thalia Theaters für die Projekte des Bude e.V. herbeizuführen. Über die Ergebnisse der Verhandlungen wird im Stadtrat berichtet.

**zu 8.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Umbesetzung des Vertreters eines Fraktionsmitgliedes im
Gestaltungsbeirat
Vorlage: V/2013/11714**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass Stadtrat Denis Häder als beratendes Mitglied im Gestaltungsbeirat ausscheidet.
2. Der Stadtrat benennt als beratendes Fraktionsmitglied im Gestaltungsbeirat Stadtrat Herrn Manfred Sommer.

zu 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11713

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, teilte mit, dass im Zuge der Bewerbung um die Stadt der Wissenschaft das Profil des Wirtschaftsförderungsausschusses geändert wurde, so dass der Ausschuss jetzt Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung heißt.

Als Ausschussvorsitzender könne er einschätzen, dass die Vertreter der Wirtschaft durch die Stadtratsmitglieder gut repräsentiert seien, aber es noch Inputbedarf in Bezug auf Vertreter der Wissenschaft gäbe, die die Ausschussarbeit bereichern könnten. Dies wolle man mit diesem Antrag erreichen und der Verwaltung die Möglichkeit geben, zu prüfen und einen geeigneten Umsetzungsvorschlag zu machen.

Er begrüßte die positive Stellungnahme der Verwaltung dazu und bat die Stadträte um eine Beschlussfassung.

Dazu stellte **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**, fest, dass es jeder Fraktion frei stehe, einen entsprechenden sachkundigen Einwohner zu berufen, wenn man das für sinnvoll erachte. Und zum anderen könne man sich darüber verständigen, inwieweit es dieses Inputs bedarf und wie man das institutionalisieren könne.

Er wies weiter darauf hin, dass die Ausschusssitzungen für denjenigen, der berufen ist, auch gewinnbringend sein müssen. Und der Ausschuss und der Stadtrat müsse sich dann über die Inhalte der Ausschusssitzungen Gedanken machen.

Herr Lange verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Vorschlag bis Juni 2013 vorzulegen, wie der Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung hinsichtlich einer Beteiligung von Vertretern aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt werden kann und damit wissenschaftliche Belange mehr im Fokus des Ausschusses stehen.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zu Pflegekindern
Vorlage: V/2013/11731

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU-Stadtratsfraktion) zum
Stadion Halle-Neustadt
Vorlage: V/2013/11722**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zeigte sich enttäuscht darüber, dass sein Alternativvorschlag zur Prüfung des Standortes für einen Motoballplatz in der Begonienstraße/Pleißestraße nicht aufgenommen wurde. Bei einer mündlichen Nachfrage bei Herrn Beigeordneten Stäglin sei ihm mitgeteilt worden, dass die Aufnahmefähigkeit des Sportplatzes Begonienstraße völlig überfordert sei.

Aus seiner Sicht habe dort keine Prüfung stattgefunden, merkte **Herr Bönisch** an und er könne nicht verstehen, dass es jetzt eine Vergabe dazu geben soll, wo man eine kostengünstigere und bürgerfreundliche Variante hätte praktizieren können.

**zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Stadtratsfraktion) zur
Optimierung einer Ampelschaltung
Vorlage: V/2013/11732**

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, bedankte sich bei der Verwaltung dafür, dass sie sich des Problems der Ampelschaltung schon angenommen habe. Leider sei dies aber noch nicht ganz zufriedenstellend und er verwies darauf, dass es in Stoßzeiten immer noch erhebliche Rückstaus gäbe und aus diesem Grund bat er die Verwaltung um eine nochmalige Prüfung und Rücksprache dazu.

**zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Stadtratsfraktion) zu den
Auswirkungen der neuen Verkehrsführung im Bereich Bitterfelder
Straße/Bierrain/Dübener Straße/Torgauer Straße/Alfred-Schneider-Straße
Vorlage: V/2013/11735**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Juni vertagt.

**zu 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum
Einzelhandelsstandort Dörlau
Vorlage: V/2013/11699**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Juni vertagt.

**zu 9.6 Anfrage des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE) zum Vollzug
von festgesetzten Bußgeldern
Vorlage: V/2013/11619**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Wegerecht im Bereich der
 „Bergschenke“ (Kröllwitz)
 Vorlage: V/2013/11716**

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedauerte, dass es offensichtlich das Wegerecht im Bereich der „Bergschenke“ nicht mehr gäbe.

Er bat die Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass der neue Betreiber auch außerhalb der Öffnungszeiten die Zugangsmöglichkeiten dort sichert, da im gewissen Sinne auch ein Gewohnheitsrecht bestehe.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wissenschaft und Wirtschaft, stimmte Herrn Krause zu und werde die Anregung aufnehmen

Anmerkung:

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage erfolgte durch die Verwaltung nicht öffentlich.

**zu 9.8 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Fußgängerampel Haltstelle
 „Talstraße“
 Vorlage: V/2013/11718**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.9 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum ehemaligen
 Schulgarten am Galgenberg
 Vorlage: V/2013/11725**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.10 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Gemeinschaftsschule
 Vorlage: V/2013/11724**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Begrünung des
 Marktplatzes
 Vorlage: V/2013/11727**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.12 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Händeldenkmal auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2013/11729

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.13 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2013/11728

Herr Kley, FDP-Fraktion, verwies darauf, dass die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage seiner Fraktion völlig das Thema verfehlt habe, denn in dieser werde darauf hingewiesen, dass die Anfrage an die Geschäftsstelle der Metropolregion weiter geschickt wurde.

Herr Kley fragte an, ob die Stadt einem Verein beigetreten sei und jetzt nicht mehr wisse, aus welchem Grund sie dort Mitglied ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Korrektur der Stellungnahme durch die Verwaltung zu.

zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung von Fachkonzepten
Vorlage: V/2013/11702

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, brachte zum Ausdruck, dass die Stellungnahme der Verwaltung etwas zu knapp ausgefallen sei, da es darum ging, die Fachkonzepte zur Kenntnis zu erhalten bzw. zu erfahren, wie diese weiterentwickelt werden sollen. Außerdem sei die Antwort auch dahingehend unzureichend, da im Jugendhilfeausschuss schon berichtet wurde, dass es Erarbeitungen von Fachkonzepten gab, sowohl im Bereich des Jugendamtes als auch im Schulverwaltungsamt. Und dort gäbe es auch den Hinweis, dass bestimmte Pflichtaufgaben nicht entsprechend untersetzt sind.

Insofern wolle man wissen, ob es noch weitere Konzepterarbeitungen gab. Ebenfalls müsse die Einbeziehung der Stadträte schon im Prozess gewährleistet werden, es könnten nicht nur verwaltungsinterne Workshops stattfinden.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass man sich diesbezüglich zu einem Verfahren im Personalbereich schon verständigt habe.

zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung bei Gesetzesvorhaben des Landes
Vorlage: V/2013/11704

In Bezug auf die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage ihrer Fraktion wies **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, darauf hin, dass die Stellungnahme der Verwaltung keine Antwort darauf gebe, ob die Stadtratsfraktionen bei zukünftigen Gesetzesvorhaben des Landes einbezogen werden können. Diese Frage müsse noch beantwortet werden.

zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Künstlerhaus 188
Vorlage: V/2013/11708

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Juni vertagt.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, dass im nächsten Planungsausschuss der aktuelle Sachstand zu diesem Thema dargelegt wird.

zu 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Projekt- und Kostenentwicklung des 4. Bauabschnitts der Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost (Osttangente)
Vorlage: V/2013/11715

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Verkehrsdatenerhebungen in der Stadt Halle (Saale) seit 2009
Vorlage: V/2013/11719

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausschreibungspflicht bei Unternehmen mit städtischer Beteiligung
Vorlage: V/2013/11625

In Bezug auf die Anfrage ihrer Fraktion fragte **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, nach, ob es eine rechtliche Prüfung der Ausschreibungspflicht gäbe und ob diese zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die Antwort der Verwaltung, dass die rechtliche Klärung noch in Bearbeitung sei und diese nach Fertigstellung der Fraktion zugeleitet werde.

**zu 9.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum regionalen Strategiekonzept der ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11709**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, teilte hierzu mit, dass nur der erste Teil der Anfrage beantwortet sei. Sie bat um eine rechtzeitige Zurverfügungstellung der Beantwortung durch die Verwaltung, damit das Thema im Sozial- und Gesundheitsausschuss und in den nachfolgenden Ausschüssen vorbereitet werden kann.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte eine rechtzeitige Beantwortung zu.

**zu 9.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu den voraussichtlichen Kosten zur Umsetzung des Grundsatz- und Baubeschlusses Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost (HES)
4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2013/11711**

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat um eine Erklärung dafür, warum die Anfrage zum TOP 9.17 sehr umfassend beantwortet wurde und auf die Anfrage seiner Fraktion, welche sich inhaltlich mit dieser deckte, noch keine Antwort der Verwaltung erfolgt sei.

Laut Aussage von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** habe es sich dabei um ein Versehen gehandelt, welches entsprechend behoben wird.

**zu 9.22 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) zur Aktualisierung des Mietspiegels der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11707**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass der nächste Tagesordnungspunkt aus dem nicht öffentlichen Teil, TOP 7.3, übernommen wurde.

**zu 9.23 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Nutzern der kostenlosen Logenplätze im Erdgas Sportpark
Vorlage: V/2013/11730**

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach, wer jeweils die zwei Dienstkarten für die Logenplätze im Erdgas Sportpark in Anspruch genommen hat und zu welchem Zweck.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Frage in der Stellungnahme der Verwaltung beantwortet sei.

Herr Kley erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden und bat um die Nachreichung der Information, durch wen die zwei Dienstkarten in Anspruch genommen worden sind.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.2 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2013 Vorlage: V/2013/11607

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.3 Mitteilung Abstimmung zum Umgang mit Änderungsanträgen

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.4 Mitteilung über Schreiben des Landesverwaltungsamt zu einer Beschlussfassung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass das Schreiben des Landesverwaltungsamtes zum Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates in personalrechtlichen Angelegenheiten vorliege und verteilt wurde.

Mitteilung Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft

Herr Beigeordneter Neumann informierte darüber, dass der Oberbürgermeister im Beisein des Ministerpräsidenten am 26.05.2013 den Letter of Intent für das Unternehmen Greatview Aseptic Packaging an Star Park unterschreiben konnte. Damit löse das Unternehmen nach einem Jahr die zweite Investitionsphase aus. Das heißt, es werden noch einmal ca. 30 Mio. Euro in eine zweite Produktionslinie investiert. Insgesamt gäbe es dort dann ca. 150 Arbeitsplätze.

In diesem Zusammenhang bedankte sich **Herr Beigeordneter Neumann** bei den Mitgliedern des Stadtrates und bei den Mitarbeitern für die Unterstützung und die strategische Entscheidung, diesen Standort zu erschließen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass zwei mündliche Anfragen in schriftlicher Form vorlägen:

1. Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Schaffung von Mobilitätsstationen
2. Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Zugänglichkeit der Kleinen Ulrichstraße für Rettungsfahrzeuge

Anfrage Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Stand der Umsetzung bzgl. der Prüfung zur Schaffung von Mobilitätsstationen

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Zugänglichkeit der Kleinen Ulrichstraße für Rettungsfahrzeuge

Auf Wunsch der FDP-Fraktion verlas **Frau Krausbeck** ihre Anfrage:

„Wurde bei der Genehmigung der Verbreiterung der Freisitzflächen die Berücksichtigung der durchgängigen Nutzbarkeit der Straße für Rettungsfahrzeuge zur Auflage gemacht? Und wird die Einhaltung entsprechender Vorgaben regelmäßig kontrolliert?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beantwortete beide Fragen mit ja und sagte weiterhin eine schriftliche Antwort zu.

Anfrage Herr Koehn, SPD-Fraktion, zu den finanziellen Mitteln für den Sparberater

Herr Koehn erläuterte, dass am 12. Februar 2013 der Vergabeausschuss als beschließender Ausschuss die Beschlussvorlage bestätigt habe, dass ein Finanzberater engagiert wird. Die Kosten wurden mit dem Zusatz definiert, dass der Zuschlag erst nach bestehendem Einvernehmen mit dem Landesverwaltungsamt wirksam werde.

Er fragte an, in welcher Form dies wirksam geworden sei und wo er dies nachvollziehen könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine umfangreiche schriftliche Antwort zu.

Im Hinblick auf die Situation des Landesverwaltungsamtes und der Finanzierungsvereinbarung informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** weiter, dass er am 31.05.2013 mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes ein Gespräch dazu führen und den Stadträten anschließend darüber berichten werde.

Herr Koehn verwies darauf, dass nach dem derzeitigen Informationsstand seiner Fraktion die Gelder nur bis zum März 2013 zur Verfügung standen. Da der Sparberater aber nach wie vor aktiv sei, wäre seine Frage nur ein Teilaspekt, wie für diese Überbrückungszeit die Mittel bereitgestellt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine umfangreiche schriftliche Darstellung zu.

Anfrage Herr Krause , SPD-Fraktion, zum Schreiben des Landesverwaltungsamtes bzgl. der Beschlussfassung

In Bezug auf das Schreiben des Landesverwaltungsamtes zum Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates fragte **Herr Krause** an, wie nun weiter damit umgegangen werde.

Wäre erkannt worden, dass der Beschluss nicht rechtswidrig ist, sei man verpflichtet, diesen unverzüglich umzusetzen, das heißt bekannt zu machen. Dies erfolgt in der Regel innerhalb weniger Tage.

Demnach wäre die Personalangelegenheit Dr. Prochnow nicht möglich gewesen, zumindest nicht in der Form, wie es erfolgt ist.

Herr Krause fragte den Oberbürgermeister, wie er in diesem Zusammenhang mit der Umsetzung des Bescheides des Landesverwaltungsamtes nun umgehen wolle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die Antwort des Landesverwaltungsamtes und merkte an, dass in dieser nur die eine Begründung enthalten sei, dass in Landkreisen und kreisfreien Städten in ähnlicher Weise praktiziert werde und seiner Meinung nach sei diese Aussage des Landesverwaltungsamtes falsch. Ebenso wären die entscheidenden Fragen in der Abgrenzung nicht geklärt.

Aus diesem Grund werde er ein Gespräch mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes, Herrn Pleye, dazu führen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand gab Herrn Krause dahingehend recht, dass anschließend unverzüglich der Beschluss umgesetzt werde und zwar in der Form, dass dann im bekannten formellen Verfahren die Hauptsatzung geändert werde.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Zwangsgeld

Herr Krause merkte an, dass in der Beantwortung der mündlichen Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung zur Erhebung eines Zwangsgeldes die Stelle Dienstposten Abteilungsleiter Jugendförderung und Planung im Fachbereich Bildung angegeben wurde.

Er fragte nach, ob diese Stelle neu sei, da sie der Stellenplan nicht ausweist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Krause , SPD-Fraktion, zur Beantwortung TOP 9.19

Herr Krause bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zum TOP 9.19 und zitierte: „Die Geschäftsführer haben jedem Gesellschafter auf Verlangen unverzüglich Auskunft über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben und die Einsicht der (...) Schriften zu gestatten.“

Herr Krause stellte die Frage, wer mit „Gesellschafter“ gemeint sei. und merkte dazu an, dass es zu einem begrifflichen Missverständnis führen könne, dass jeder Stadtrat Gesellschafter sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand legte dar, dass er als Oberbürgermeister den Gesamtkonzern insgesamt führen und er diesen deshalb vollständig und in allen Einheiten und jede einzelne Gesellschaft kennen müsse. Und auf der Rechtsgrundlage des GmbH-Gesetzes fordere er von den Gesellschaften diese Kenntnis ein.

In der Selbstverpflichtung habe er deshalb angezeigt, dass er dem Stadtrat Vorschläge machen wolle, damit er möglicherweise von diesem angewiesen werde, wie er sich entsprechend zu verhalten habe.

Herr Krause verwies darauf, dass die Anfrage nicht gegen Herrn Oberbürgermeister gestellt war und er dessen Interpretation teile. Doch aus der Vergangenheit wisse er, dass es oft Verwechslungen gegeben habe, da einige Stadträte der Meinung waren, der Stadtrat sei die eigentliche Gesellschafterversammlung.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Eissporthalle

Zum Thema Eissporthalle fragte **Herr Krause** an, ob es in der Absicht der Verwaltung liege, die Eissporthalle wieder in den Verantwortungsbereich der Stadtverwaltung zurückzuholen.

Dazu erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht diskutiert wurde und die Prüfung auch noch nicht abgeschlossen wäre. Entscheidend sei aber, dass der städtische Zuschuss ausreicht und dafür sind Überlegungen anzustellen, ob das Gebilde, was mit der Eissporthalle dargestellt wurde, in der heutigen Zeit noch sinnvoll ist.

Anfrage Frau Ewert, SPD-Fraktion, zu Räumlichkeiten für den Geschäftsbereich Kultur und Sport

Frau Ewert erinnerte an ihre Anfrage zu den Räumlichkeiten für den Geschäftsbereich Kultur und Sport, auf welche sie noch keine Antwort erhalten habe.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, teilte mit, dass die Beigeordnete, Frau Dr. Marquardt, in den Ratshof einziehen wird.

Im Moment gäbe es zwei Varianten, welche bis Ende der Woche geprüft werden, so dass für Frau Dr. Marquardt zum Dienstantritt am 1. Juli 2013 mit ihren Mitarbeitern angemessene Dienstzimmer zur Verfügung stehen werden.

Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zum Stadtratsbeschluss aus April 2013

In Bezug auf den Stadtratsbeschluss vom April 2013 über die Zukunft der Hochschullandschaft in Halle mit der Aufforderung an den Oberbürgermeister, sich dafür einzusetzen und sich in die Gespräche auf Landesebene einzubringen, fragte **Herr Diaby** nach, welche Aktivitäten seit der Beschlussfassung von der Verwaltung unternommen worden sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass er sich sehr intensiv mit dem Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Haselhoff, und dem zuständigen Wissenschaftsminister, Herrn Möllring, dazu ausgetauscht habe und zu diesem Thema auch weiterhin in engem Kontakt mit diesen stehe.

Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zur Neustädter Passage

Herr Lange berichtete darüber, dass die Neustädter Passage seit geraumer Zeit sehr stark durch Tauben verschmutzt werde, was sehr deutlich auf den Wegen und an den Säulen sichtbar sei. Er fragte an, ob der Stadtverwaltung dieses Problem bewusst ist und wie die Stadtverwaltung möglichst zeitnah darauf reagieren wolle.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte zu, sich des Problems anzunehmen und eine Überprüfung der Lage durchführen zu lassen.

Anfrage Herr Misch, CDU-Fraktion, zum Haushalt

Herr Misch führte aus, dass nach der Verabschiedung des Haushaltes im März 2013 der Oberbürgermeister dem Landesverwaltungsamt einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt habe, mit einer Gesamtsumme von 576.348,09 Euro. Nach Angaben der Verwaltung waren in diesem Haushaltsentwurf bereits die 80.000 Euro für die Unterhaltung/Grünpflege bereits eingearbeitet worden. Dieser Haushalt sei gesiegelt mit dem Datum vom 28.03.2012.

Zum heutigen Zeitpunkt liege unter dem Tagesordnungspunkt 6.1 die Änderung des Haushaltes mit beigefügten Anlagen vor, die am Montag per email als gegenstandslos bezeichnet worden sind. Und in dieser ebenfalls gesiegelten Haushaltssatzung sei ein Fehlbetrag von 80.000 Euro ausgewiesen.

Beide Unterlagen seien gesiegelt und da für ihn ein Siegel wie das Siegel eines Notars eine amtliche Beurkundung darstelle, fragte **Herr Misch** nach, von welcher Haushaltssatzung man bei der Rücknahme des Beschlusses ausgegangen sei.

Desweiteren wolle er wissen, nach welchem Prinzip in der Stadt die Beurkundung von Dokumenten erfolge. Er wünschte eine konkrete Antwort dazu.

Herr Bürgermeister Geier stellte dazu fest, dass zum heutigen Tag eine Haushaltssatzung beschlossen wurde, die ausgeglichen ist und mit heutigem Datum ausgefertigt werde.

Und die Variante mit den 80.000 Euro unausgeglichen wurde durch die Verwaltung zurückgezogen, da ein Fehler in seinem Bereich passiert sei. Die Satzung war nicht korrekt und habe eine doppelte Beschlusslage des Antrages unterstellt. Dies wurde korrigiert und damit gelte eine ausgeglichene Haushaltssatzung.

Herr Misch erklärte sich mit der Antwort von Herrn Bürgermeister Geier nicht einverstanden und führte weiterhin aus, dass es nach der Beschlusslage des Stadtrates einen ausgeglichenen Haushalt gab. Und dass die 80.000 Euro schon eingearbeitet waren, wurde dem Landesverwaltungsamt nicht mitgeteilt und aus diesem Grund war man dort der irrtümlichen Annahme, dass der Beschluss des Stadtrats aus der März Sitzung nicht in der Haushaltsatzung wiedergegeben wurde.

Herr Misch bat um eine schriftliche Antwort dazu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat Herrn Misch um eine sachliche Fragestellung und erklärte, dass die Vorführung der Verwaltung als Tribunal nicht angemessen sei.

Daraufhin wies **Herr Misch** entschieden die Unterstellung tribunalartig zurück, denn er habe Nachfragen nach konkreten Unterlagen gestellt, die nicht beantwortet worden sind und das sei sein gutes Recht als Stadtrat.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, meldete sich zur Geschäftsordnung und fragte bei Herrn Stadtratsvorsitzenden an, wer im Stadtrat laut der Geschäftsordnung für die Zurechtweisung von Stadträten zuständig wäre.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, merkte an, dass er keine Zurechtweisung gesehen habe.

Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, zur Theater, Oper und Orchester GmbH

Frau Dr. Wünscher wandte sich an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand mit der Frage, wie er sich in dieser Zeit seiner Verantwortung als Aufsichtsratsvorsitzender der TOO GmbH gerecht werden wolle.

Ein vom Aufsichtsrat bestätigter Wirtschaftsplan wurde von der Tagesordnung genommen und im Gegenzug dazu sollte eine Dringlichkeitsvorlage behandelt werden, welche mit dem Aufsichtsrat und dem Geschäftsführer nicht abgestimmt war.

Sie schilderte, dass sie auf der Verabschiedungsveranstaltung des Generalmusikdirektors miterleben musste, wie dem Geschäftsführer vor tausenden Menschen unterstellt wurde, dass er Informationen zurückhalte.

In diesem Zusammenhang teilte **Frau Dr. Wünscher** mit, dass sie runter gebrochen auf die Sparten alle Zahlen kenne und fragte den Oberbürgermeister, wann der Wirtschaftsplan, so wie er vom Aufsichtsrat beschlossen wurde, im Gremium handelt wird.

Feststellend äußerte sie, dass der Gremienlauf durch den Oberbürgermeister selbst gestoppt wurde. Wäre die Dringlichkeitsvorlage beschlossen wurden, so wäre der Beschluss über ein Rumpfgeschäftsjahr von wenigen Monaten ohne Einbeziehung des Aufsichtsrates der TOO GmbH geschehen. Die Vorläufe betragen zwei Jahre, unabhängig davon ob das Geschäftsjahr zwei, sechs oder 12 Monate dauert. Die Verträge für 2013/2014 sind bereits geschlossen. Spätestens mit der Vorstellung des Spielplanes sind keine Veränderungen mehr möglich.

Aus ihrer Sicht ist es vom Oberbürgermeister verantwortungslos zu vermitteln, dass es möglich sei Millionenbeträge heraus zu kitzeln.

Frau Dr. Wünscher legte dar, dass Herr Dr. Meerheim darauf bestehe, dass der vom Aufsichtsrat beschlossene Wirtschaftsplan in der Junisitzung des Finanzausschusses vorliegt. Die geforderten Änderungen müssen jedoch diskutiert werden. Die letzte Stadtratssitzung findet im Juli statt und die Änderung des Geschäftsjahres soll bereits im August erfolgen.

Neben der Martin-Luther Universität und der Stadtverwaltung ist die TOO GmbH der größte Arbeitgeber in der Stadt, eine solche Vorgehensweise haben die Mitarbeiter nicht verdient.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte dazu, dass er als Aufsichtsratsvorsitzender die Möglichkeit habe, die Gesellschaft zu beaufsichtigen und zu kontrollieren. Der Geschäftsführer habe in seiner Funktion ganz klar den Auftrag, Vorschläge zu unterbreiten. Dies sei bisher nicht erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter, dass der Finanzberater sich einige Dinge in der Gesellschaft ansehen wolle, denn nur mit dem Wissen über alle Zahlungsvorgänge, könne er helfen.

Der Wirtschaftsplan sieht einen städtischen Zuschuss in Höhe von 400.000 EUR vor, obwohl die TOO momentan selber in der Lage ist, dieses zu decken. Darüber hinaus gibt es Rücklagen in Höhe von ca. 2 Mio. Euro in der TOO GmbH, die bislang keiner kannte.

Er fügte hinzu, dass er noch immer nicht über alle Vorgänge informiert sei, das heiße, aus dem Wirtschaftsplan und aus den Bilanzen sei nicht alles erkennbar. Deshalb werde momentan vollständig, auch vom Finanzberater und seinen Kollegen, überprüft.

Bevor nicht alle Vorgänge bekannt sind kann nicht sachgerecht diskutiert werden.

Bislang hat der Geschäftsführer keine Vorschläge gemacht, so dass er dies als Missbilligung der Beschäftigten wertet. Bei der Verabschiedungsveranstaltung habe er sich klar für die Unterstützung ausgesprochen, jedoch müssen hierfür alle Fakten bekannt sein.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zu einem Zeitungsartikel

Herr Scholtyssek führte aus, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand am 27. April in der Presse mit der Aussage dargestellt wurde, dass „alte Kräfte am Werk“ seien. Diese Aussage wurde von ihm am 14. Mai wiederholt mit dem Zitat: „Da sind nach wie vor alte Kräfte am Werk, die die erfolgreiche Arbeit der Stadt und ihrer Mitarbeiter blockieren wollen. Das habe ich bereits zum wiederholten Male erklärt.“

Leider habe Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand nicht erklärt, wen er damit meine. **Herr Scholtyssek** fragte Herrn Oberbürgermeister, wer damit konkret gemeint sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, antwortete darauf, dass sich „die alten Kräfte regelmäßig zu Wort melden“.

Herr Scholtyssek äußerte dazu, dass er sich nicht angesprochen fühle, da er erst seit 2009 im Stadtrat, und damit keine „alte Kraft“ sei. Ebenso finde er die Antwort des Oberbürgermeisters nicht akzeptabel und er wies darauf hin, dass der Stadtrat ein Auskunftsrecht hätte. Es sei eine Missachtung des Stadtrates, wenn keine ausreichende Antwort dazu erteilt werde.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zum Sommerbad Ammendorf

Zum Sommerbad Ammendorf informierte **Herr Hildebrandt**, dass es von der Stadt eine Ausschreibung zum Abbruch des Sommerbades Ammendorf gäbe, und er fragte nach, warum nicht gewartet werde, bis die Petition abgeschlossen und deren Ergebnis bewertet worden ist.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, stellte fest, dass unabhängig davon, ob dort wieder ein Sommerbad entsteht oder nicht, die vorhandene Infrastruktur beseitigt werden muss. Dafür seien im Moment Fördermittel aus dem Zukunftsfond vorhanden. Und wie das Gelände weiterentwickelt oder verpachtet wird, stehe noch nicht fest und man werde aber die Petition der Bürger abwarten. Zum jetzigen Zeitpunkt sei ein wirtschaftlich sinnvoller Betrieb nicht möglich.

Anfrage Herr Müller, CDU-Fraktion, zu einer Anfrage aus dem Finanzausschuss

Herr Müller wiederholte seine Frage aus dem Finanzausschuss in Bezug auf einen Artikel aus der Presse mit einem Bericht darüber, dass der Oberbürgermeister ein Rechtsmittel gegenüber einem Mitarbeiter des Landesverwaltungsamtes eingelegt habe, wo es um die Genehmigung des Haushaltes ging und er fragte an, welches Rechtsmittel eingelegt wurde.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass eine schriftliche Antwort mit Postausgang 22.05.2013 versandt wurde.

Da das Antwortschreiben bei Herrn Müller nicht vorlag, verlas **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Antwort: „Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt hat den Haushalt 2013 unter Bedingungen genehmigt. Die mit Schreiben vom 03.05. an den Minister des Inneren und Sport des Landes Sachsen-Anhalt gerichtete Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerde wurde daraufhin von mir zurückgezogen.“

Anfrage Herr Müller, CDU-Fraktion, zur Sicherung von Gebäuden

Herr Müller informierte, dass er auf dem Weg zum Stadtrat an dem Gebäude Brüderstraße/ Ecke Kleine Steinstraße festgestellt habe, dass der Zaun abgerückt und eine Tür offen sei und er fragte an, ob dort zur Sicherung des Gebäudes schon etwas unternommen wurde.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, antwortete, dass das Gebäude nicht Eigentum der Stadt Halle sei, man werde aber eine Prüfung veranlassen. Sollte der Eigentümer nichts unternehmen, werde eine Ersatzmaßnahme vorgenommen. Er führte weiterhin aus, dass an den Eigentümer Fördermittel ausgereicht worden sind und es sich eine positive Entwicklung abzeichne. Im Moment soll der aktuelle Zustand beseitigt werden, **Herr Beigeordneter Neumann** sicherte weitere Information darüber zu.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Abschlagszahlungen an Vereine

Frau Wolff teilte mit, dass im Sozial- und Gesundheitsausschuss und Gleichstellungsausschuss berichtet wurde, dass die Vereine ihre Abschlagszahlungen bekommen haben. Sie bat um Aufklärung darüber, warum dies beim Dornrosa e.V. noch nicht erfolgt sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Überprüfung und eine schriftliche Antwort zu.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Kosten bei kurzfristigen Änderungen der Ausschusssitzungen

Frau Wolff informierte, dass es immer häufiger zu kurzfristigen Änderungen von Ausschusssitzungen kommt, was dann in der Presse auch bekannt gegeben werde und Geld koste und sie fragte an, wie viel finanzielle Mittel dafür aufgebracht werden müssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Antwort zu.

Anfrage Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu den Leitlinien der Stadt

Herr Häder äußerte sich zu den Leitlinien zur Arbeit des Konzerns Stadt und fragte an, ob es richtig sei, dass der Stadtrat unaufgefordert über sämtliche Entscheidungen der Stadtverwaltung informiert werde und in welcher Form dies angedacht sei.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass dies beispielsweise bei Anträgen den Niederschlag finden wird und wenn in Abwägungen gegangen werde.

Daraufhin fragte **Herr Häder** nochmals nach, ob dies so zu verstehen sei, dass bei jeder wesentlichen Entscheidung, die die Stadtverwaltung trifft, der Stadtrat mit einer Pro und Kontra Abwägung informiert werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Häder zu.

Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion, zum Gebäude für den Eishockeyfanclub

Frau Raab bezog sich auf einen Stadtratsbeschluss zur Sanierung und anschließenden Nutzung eines Gebäudes durch den Eishockeyfanclub. Sie legte dar, dass bei einer Begehung des Gebäudes durch einen Mitarbeiter der Stadt den Vertretern des Fanclubs mitgeteilt wurde, dass für die Sanierung ein Architekt und das Bauordnungsamt hinzugezogen werden müsse.

Da an dem Gebäude lediglich die Fenster und Türen ausgetauscht und die geforderte Wand eingezogen werden soll, fragte sie an, wie dies im Einklang mit dem Beschluss stehe, dem Fanclub keine Steine in den Weg zu legen.

In diesem Zusammenhang verwies **Frau Raab** auf die Leitlinien 2 und 3 der Verwaltung und zitierte: „Wir sehen uns verpflichtet . . . usw. und orientieren uns stets am Interesse der Bürger.“

Wir sehen in den Bürgerinnen und Bürgern Partner . . . Bürgerbeteiligung ist vorrangig . . . und im Mittelpunkt steht der Gedanke des zentralen Ansprechpartners.“

Sie fragte an, auf welcher gesetzlichen Grundlage die Notwendigkeit der Hinzuziehung eines Architekten und des Bauordnungsamtes bestehe.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, informierte, dass es einen ersten Besichtigungstermin gegeben habe und bei einem weiteren Treffen noch offene Fragen besprochen werden sollen. Ihm sei keine Forderung nach einem Architekten bzw. dem Bauordnungsamt bekannt und er wies darauf hin, dass der Mitarbeiter der Verwaltung nicht autorisiert gewesen sei, solche Äußerungen zu machen sondern lediglich das Gebäude aufschließen sollte.

Anfrage Frau Ewert, SPD-Fraktion, zum Umgang mit Geschäftsführer der TOO GmbH

Frau Ewert äußerte sich befremdet darüber, wie mit Herrn Stiska, Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH, öffentlich umgegangen werde und sie fragte an, wie jetzt weiter damit verfahren wird.

In diesem Zusammenhang stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass er sich umfänglich dazu geäußert habe und keine weiteren Ergänzungen von ihm folgen werden.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Schreiben des Landesverwaltungsamtes bzgl. der Beschlussfassung

In Bezug auf das Schreiben des Landesverwaltungsamtes zur Beschlussfassung fragte **Herr Bönisch** nach, was jetzt von der Verwaltung zu erwarten sei, da Herr Oberbürgermeister von einer Änderung der Hauptsatzung gesprochen habe.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass der Gesetzgeber vorsehe, ein formelles Verfahren durchzuführen . In der nächsten Stadtratssitzung werde dann eine vollständige Änderungssatzung eingebracht.

Herr Bönisch merkte dazu an, dass er es nicht sehr kooperativ finde, dass die Verwaltung den Stadtrat nicht darauf aufmerksam gemacht habe, wie mit dem Satzungsänderungsbeschluss umzugehen sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass auch in der Vergangenheit nach Beschlüssen zu Satzungsänderungen so verfahren wurde. Dies sei korrekt und deshalb werde es jetzt ebenfalls so praktiziert.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu monatlichen Berichten bzgl. Personalveränderungen

Herr Bönisch verwies auf den Stadtratsbeschluss, in welchem der Oberbürgermeister aufgefordert wurde, bei in eigener Regie vorgenommenen Personalmaßnahmen zu berichten und fragte nach dem Beginn der Berichterstattung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine unverzügliche Berichterstattung zu, jedoch wurden im letzten Monat keine Personalveränderungen vorgenommen. Er merkte weiterhin an, dass in Zukunft der Bericht fortlaufend monatlich als Regel aufgenommen werden könne.

Herr Bönisch wies darauf hin, dass der Bericht von Beschluss an galt und insofern bat er um eine Aufstellung der Maßnahmen von Anfang an.

Dies sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Gelände der Saline/ Saalhorn

Herr Feigl informierte, dass auf dem Gelände der Saline ein Teil des Saalhorns mit städtischen Mitteln zwar baulich gesichert wurde, der zweite Teilabschnitt aber bisher unangepasst sei. Er fragte an, wann der zweite Bauabschnitt angegangen werde, um die Sicherung des Gesamtbestandes durchzuführen.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, führte dazu aus, dass im Moment die Herausforderung bestehe, die zurzeit genutzten Räumlichkeiten soweit brandschutztechnisch zu ertüchtigen, dass sie auch weiterhin genutzt werden können. Für weitere Maßnahmen seien Fördermittel notwendig, welche bisher noch nicht zur Verfügung stehen. Hier müsse eine Diskussion zur Priorisierung der Fördermittel, die die Stadt zur Verfügung hat und die von Land bzw. vom Denkmalschutz verteilt werden können, erfolgen.

Herr Feigl verwies darauf, dass es um Substanzsicherung gehe und die Stadt als Eigentümer dieser Bauwerke eine Sicherungspflicht habe.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Bewerbungsmöglichkeit für das WLAN

Frau Dr. Brock wies darauf hin, dass ihre Fraktion angeregt habe, den kostenfreien WLAN-Zugang auf dem Marktplatz entsprechend zu bewerben. Laut der Antwort der Verwaltung wurde die Anregung ihrer Fraktion zur Kenntnis genommen. Sie fragte an, was konkret aus dieser Kenntnisnahme folge.

Dazu teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass die WLAN-Nutzung durch die Unterstützung eines bekannten Radiosenders zur Verfügung gestellt wurde. Man werde jetzt auf diesen zugehen und über weitere Möglichkeiten der Kommunikation über den Radiosender zu diesem Angebot sprechen.

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die LINKE, zur Sanierung des Stadtbades

Herr Dr. Meerheim berichtete über die Information aus der Presse, dass die dringend notwendige Sanierung des Stadtbades ca. 1,3 Mio. Euro kosten werde, aber dieses Geld nicht vorhanden sei. Er fragte dazu an, ob die Stadtverwaltung schon Überlegungen angestellt habe, den nicht brauchbaren Teil des Eigenanteils für den vierten Bauabschnitt HES für die Sanierung des Stadtbades zur Verfügung zu stellen.

Im Haushalt sei eine 80 %ige Förderung eingeplant. Wenn die Gesamtinvestition mehrere Millionen koste, ergäbe das mehrere Millionen Eigenmittel. Und da man wisse, dass die 80 % Förderung aller Wahrscheinlichkeit nicht kommen werde und damit die Investition in diesem Jahr nicht mehr vollständig erledigt werden kann, fragte er an, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, diese Mittel für die Sanierung des Stadtbades zur Verfügung zu stellen.

Herr Bürgermeister Geier verwies darauf, dass der Antrag noch läuft und in keiner Weise entschieden sei. Er gehe davon aus, dass alles wie beantragt auch durchgeführt wird.

Herr Bürgermeister Geier merkte weiter an, dass man sich im Stadtrat dazu verständigt habe, über eine sogenannte Investitionsprioritätenliste zu reden. Er empfahl, dass beispielsweise im Zusammenhang mit der Planung 2014 über dieses Thema diskutiert werde. Er halte es nicht für zielführend, aus einer vorgesehenen Investitionsprioritätenliste eine Sache herauszunehmen und zu ändern. Vernünftig wäre eine Abwägung insgesamt.

Dazu ergänzte **Herr Dr. Meerheim**, dass der Stadtrat bestimme, was man könne oder nicht könne, was die Investitionsprioritätenliste betrifft. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Diskussion zum Einzelhandelskonzept, wo die Verwaltung eine Änderungsvorlage zum durchdiskutierten Einzelhandelskonzept einbringen wollte.

Es lagen keine weiteren mündlichen Anfragen vor.

zu 12 Anregungen

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass folgende Anregungen vorliegen:

zu 12.1 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Situation von Radfahrerinnen und Radfahrern auf dem Boulevard und Marktplatz
Vorlage: V/2013/11706

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zu 12.2 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur erneuten Bewerbung des kostenfreien WLAN-Zugangs auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2013/11712

Dieser Tagesordnungspunkt wurde schon unter dem Tagesordnungspunkt Anfragen behandelt.

zu 12.3 Anregung der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Bürgerbeteiligung zu Standortvorschlägen für Tempokontrollen
Vorlage: V/2013/11717

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zu 12.4 Anregung Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zur Präsenz der Stadt Halle in Brüssel

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, informierte, dass er sich vor geraumer Zeit mit der Landtagsfraktion in der Landesvertretung in Brüssel aufgehalten habe.

Er merkte an, dass sich im dortigen Eingangsbereich die Regionen entsprechend präsentieren. Ihm sei aufgefallen, dass von der Stadt Halle (Saale) nur eine kleine Broschüre „Halle – Händelstadt“ ausgelegt habe, währenddessen zum Beispiel Magdeburg und der Saalekreis sich mit verschiedenen Produkten ordentlich präsentierten.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Lange** darum, sich zu bemühen, dass sich auch die Stadt Halle (Saale) in der Landesvertretung in Brüssel entsprechend präsentieren könne.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 44. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin